

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihund siebziger Jahrgang.

Inserate
1¼ Sgr. für die fünfgeschaltete Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen - Annahme - Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Grupski (G. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Cassiel; in Grätz bei Hrn. Louis Streitand und Hrn. P. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haase & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Rosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

D e n t s c h l a n d .

△ Berlin, 14. März. Was die „Kreuztg.“ über den Grund der Anwesenheit des Herrn v. Werther mittheilt, wird mir von unterrichteter Seite als durchaus richtig bezeichnet. Von einem politischen Motiv des Besuches ist nicht die Rede, sondern der Gesandte hat nur die Absicht, der Konfirmation seiner Tochter, welche in diesen Tagen von dem Prediger Müllenstejn wird vollzogen werden, beizuwöhnen. Die übrigen Mitglieder der Familie sind zu gleichem Zweck schon einige Tage früher hier eingetroffen. Höchst auffallend ist übrigens das Verhalten der österreichischen Regierung mit Rücksicht auf die Stellung des Herrn v. Werther. Bekanntmachungen ist die alte Wiener „Presse“ ein offiziöses Organ, deren Redakteur seit einiger Zeit der bekannte Hofrat Warren ist. Derselbe giebt aber gleichzeitig eine oft genannte „Wochenschrift“ heraus, deren Inhalt nach der Stellung des Redakteurs füglich auch als von der österreichischen Regierung inspirirt angesehen werden muß. In dieser Wochenschrift nun wird auf das Lebhafte gegen das fernere Verbleiben des Hrn. v. Werther auf seinem Gesandtschaftsposten geeifert; derselbe besitzt nicht mehr das Vertrauen der österreichischen Regierung, sei durchaus unbeliebt bei Hofe und müsse unbedingt durch einen Andern erlegt werden. Es ist im diplomatischen Leben unerhört, daß in einem offiziösen Organ auf solche Weise die Abberufung eines Gesandten behandelt wird. Die österreichische Regierung hat ja das Recht, in offizieller Form den Wunsch nach einer Änderung in der Vertretung Preußens auszusprechen, aber das in der bezeichneten Weise versteckt und hinterrückt zu thun, ist gegen allen diplomatischen Anstand und gegen das Völkerrecht. Ja, man hört sogar, daß offiziell die österreichische Regierung sich für das Verbleiben des Herrn v. Werther in seiner Stellung ausgesprochen hat. — Die Bestimmung der Militär-Kirchenordnung, nach welcher die Frauen und Kinder der im aktiven Dienst stehenden Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten ebenfalls den Militärgemeinden angehören sollen, erhält durch einen Birkular-Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats eine Änderung dahin, daß General-Dimissoren ertheilt werden können, durch welche es Familien der Reservisten und Landwehrmänner während einer Mobilisierung freigestellt werden soll, die etwa vorkommenden Parochialakten von dem Militärgeistlichen oder von ihren bisherigen Zivil-Pfarrern verrichten zu lassen. — Sämtliche landwirtschaftliche Vereine in Preußen zählten am Ende des vorigen Jahres 109,996 Mitglieder. An Vermögen besitzen die Vereine, außer dem Werthe von Sammlungen, Bibliotheken, Gebäuden u. s. w., 183 Morgen Bodenfläche und ein Kapital von 353,674 Thlr. Die Gesamt-Ginnahmen betragen im vorigen Jahre 268,299 Thlr.

○ Berlin, 14. März. Der Reichstag beschäftigte sich gestern zum ersten Mal mit zwei wichtigeren Vorlagen, dem Reichstagswahlgesetz und der Beschlagnahme des Arbeitslohnes. Eine ziemlich übereinstimmende Opposition, die sich auch in der Debatte aussprach, besteht in Betreff der Feststellung der Wahlkreise, über welche der annectierte Entwurf schweigt, nachdem, wie schon früher hervorgehoben, der ursprüngliche Entwurf die Feststellung dem Bundesrat überwies. Im Bundesrat selbst hat sich die schon früher beobachtete Erfahrung wiederholt, daß derselbe das Maß der ihm zukommenden Kompetenz nur der parlamentarischen Vertretung gegenüber eifersüchtig hütet, sonst aber sehr leicht partikularistischen Umwandlungen unterliegt, die ihn auch in diesem Fall beherrscht zu haben scheinen. Anders wenigstens läßt sich nicht wohl erklären, daß derselbe für ratsam hielt, die Feststellung der Wahlkreise den einzelnen Bundesregierungen zu überlassen. Der vom Präsidenten Delbrück angeführte Grund, daß der Bundesrat zu den Vorschlägen der Einzelregierungen meistens doch werde Ja sagen müssen, sagt doch im Grunde zu wenig, als daß er eine ernsthafte Erwähnung verdient. Selbst wenn das meistens — und gewiß ganz mit Recht — der Fall ist, so können doch einzelne Fälle übrig bleiben, in denen eine Entscheidung des Bundesraths sehr wünschenswerth bleibt, und da wir u. A. mit der mecklenburgischen Regierung zu rechnen haben, der schwerlich mit dem die örtliche Abgrenzung der Wahlkreise bestimmenden Paragraphen 7 der Vorlage allein beizukommen ist, so erscheint es verkehrt, dem Belieben der einzelnen Regierungen einen unbeschränkten Spielraum zu gestatten. Wenn daher eine gesetzliche Feststellung der Wahlkreise vorläufig nicht zu erreichen ist, so erscheint als die mindeste Garantie, die erlangt werden muß, die Feststellung derselben durch den Wahlkreis. Die Gründe, welche Löwe gegen das ruhende aktive Wahlrecht des Militärs geltend machte, finden auf Seite der Nationalliberalen keine unbedingte Anerkennung und es dürfte kaum zu bezweifeln sein, daß die bezügliche Bestimmung eine Majorität im Reichstag finden wird. Die von Löwe hervorgehobenen prinzipiellen Gesichtspunkte wird so leicht Niemand auf liberaler Seite bestreiten wollen, aber ob es praktisch ist, von ihnen allein die Entscheidung auszugehen zu lassen, ist um so mehr fraglich. Praktisch geschieht doch die Abstimmung des Militärs unter dem Druck einer direkten oder indirekten Beeinflussung, deren Quelle nicht zu verstoppfen ist und welche kein freies Wahlresultat zuläßt. Ist dies zuzugeben, so beseitigt die Aufhebung des Wahlrechts des Militärs wenigstens ein Nebel, allerdings auf Kosten eines Prinzips, aber eines Prin-

zips, welches ohnehin ohnmächtig ist, sich in der ihm gebührenden Weise durchzusetzen und welches daher nur schädlich wirkt. — Von Interesse ist der von dem Abg. Westen signalisierte, aus einer freien Verständigung von Mitgliedern der Nationalliberalen, des linken Zentrums und der Fortschrittspartei hervorgegangene Antrag auf Einsetzung von Bundesministerien. Man hatte ein Vorgetragen in dieser Richtung erwartet, aber derselbe war ursprünglich erst nach Ostern in Aussicht genommen. Auch wird die Verhandlung über den Gegenstand sich wahrscheinlich bis um diese Zeit verzögern. Von Seiten des Grafen Bismarck glaubt man nicht auf positive Zusagen, aber doch auf ein entgegenkommendes Verhalten rechnen zu dürfen, obwohl von seiner näheren Umgebung neuerdings wieder über sehr bemerkbare Neizbarkeit geklagt wird, die auch für diese Verhandlung sich vielleicht als nicht besonders günstig erweisen dürfte. — In der Nat. Ztg. giebt ein Florentiner Korrespondent abermals die positive Versicherung, daß die angebliche Allianz mit Frankreich nicht existire und daß man nach wie vor gesonnen sei, die strengste Neutralität inne zu halten. Dieser Nachsatz würde indessen grade bestätigen, was bekanntlich von Paris aus behauptet wird, daß es sich um Sicherung einer unbedingten Neutralität Italiens im Konfliktfalle handle. Eine solche Neutralität ist keine Allianz, sie ist aber, wenn sie als Zusage einer Macht gegenüber einseitig unternommen wird, auch nicht viel weniger, es handelt sich dabei immerhin um ein stillschweigendes Kompagnonverhältnis. — Die Kommission zur Beurtheilung der Dombaukonkurrenzpläne ist in ihren Arbeiten jetzt so weit vorgerückt, daß sie die unbrauchbaren Arbeiten ausgeschieden und den Rest, etwa 30 Entwürfe, an besondere Referenten vertheilt hat. Daß für die reine Gotik auf dem betreffenden Platz wegen der übrigen der Antike und der Renässance angehörigen architektonischen Umgebung kein Raum ist, darin sind gegenwärtig alle Mitglieder der Kommission, unter denen sich einige hervorragende Vertreter der Gotik befinden, einig. Die auswärtigen Mitglieder der Kommission erhalten 10 Thlr. Diäten täglich, die Berlin angehörigen Mitglieder dagegen keine.

— In der siebenten Sitzung des Bundesrates am Sonnabend, in welcher der Bundeskanzler den Vorsitz führte, wurde die Berathung des vom Präsidium vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten, beendet. Sodann erfolgte die Wahl zweier Mitglieder der Bundeschuldenkommission und die Berichterstattung der betreffenden Ausschüsse über den Gesetzentwurf wegen Bestrafung der Entziehung vom Kriegsdienste und über verschiedene Anträge auf Versehung in eine höhere Serviasklasse. Die Mittheilung des Präsidenten des Reichstages über den vom Reichstage auf den von Hagelschen Antrag gefassten Beschuß wurde dem betreffenden Ausschuß überwiesen.

— Befannlich waren am königl. Obertribunal zwei Rathäuser erledigt und drei sind auf Antrag des Landtages neu gegründet worden. In Folge dessen sind jetzt fünf Ober-Tribunalräthe neu ernannt worden, und zwar der Appellationsgerichtsrath Hennecke zu Paderborn, der Appellationsgerichtsrath Hoyer zu Breslau, der Appellationsgerichtsrath Hoffmann zu Hamm, der Kammergerichtsrath Thümmel und der Kammergerichtsrath Joachim zu Berlin.

— General v. Schweinitz, zur Zeit Militärbevollmächtigter in Petersburg, welchen wir gestern zum Nachfolger des Grafen v. d. Goltz designirt sein ließen, ist der „Magdeb. Ztg.“ zufolge für den Fall der Abberufung des Herrn v. Werther aus Wien zu dessen Ersatzmann ausersehen.

— Die Anwesenheit des Generals v. Voigts-Rheep in Berlin, welche man fälschlicher Weise mit der Neubesetzung des Gesandtschaftspostens in Florenz zusammenbrachte, bezog sich der „Post“ zufolge lediglich auf die braunschweigische Militärangelegenheit. Es handelt sich hierbei um Modifikationen des Braunschweiger Militärs in seinen Beziehungen zu dem 10. Armeekorps.

— Nach einer der „Börz-Ztg.“ zugegangenen „zuverlässigen Mittheilung“ ist der direkte Anlaß zu der Abberufung des Grafen Usedom von seinem Posten in Florenz das Bekanntwerden einer ihm von Berlin zugegangenen Differenzen Depesche, welche für ihn allein bestimmt war. Das Graf Usedom nicht persönlich und dolofer Weise die Depesche in fremde Hände hat gelangen lassen, brauchen wir wohl nicht erst auszusprechen. Allein die Schuld trifft Personen, für deren Verhalten den Grafen Usedom die Verantwortlichkeit trifft und gegenüber welchen er mehr die galante Pflicht des Vertrauens als die diplomatische der Zurückhaltung beobachtet haben soll.

— Nach der für die Offizierkorps der verschiedenen Waffenteile der Armee auf Grund der Wehrverfassung des Norddeutschen Bundes festgesetzten Etatstärke stellt sich nach dem neuesten Personalausweise ein Manquement heraus, bei der Infanterie von noch 259, bei der Kavallerie 336, und bei der Artillerie von 116 Sekondienuten. Bei den Pionieren und dem Train hat eine Deckung des Bedarfs bis auf eine geringe Zahl stattgefunden.

— Nach den neueren Bestimmungen werden jetzt alle Militärflichtigen, welche von dem Militärdienste für gewöhnliche Friedenszeiten zu befreien sind, der ersten oder zweiten Klasse der Reserve, beziehentlich der Seewehr überwiesen.

Bur ersten Klasse werden in jedem Armeekorpsbezirk alljährlich so viele Mannschaften designiert, daß in einem Mobilisierungsfalle „der erste Rekrutenbedarf“ bei den Ersatztruppenheeren, einschließlich der Handwerker-Abtheilungen, der Linien-Infanterie, Linien-Artillerie und Linien-Pioniere, sowie der Bedarf an Trainmannschaften gedeckt werden kann. Die General-Kommandos berechnen den ungefähren ersten Rekrutenbedarf der Ersatz- und Handwerkerabtheilungen der Truppenheile, welche sich aus dem Korpsbezirk ergänzen, so wie die aus dem Beurlaubtenstande nicht zu deckenden Trainbedarf. Der Gesamtbedarf wird unter Buschlag von 25 Proz. auf die Aushebungskräfte verteilt und in letzteren jährlich ¼ der vertheilten Quote zur ersten Klasse der Ersatzreserve gewiesen, und zwar gehören dazu vorzugsweise diejenigen Militärflichtigen, welche zum Militärdienste tauglich, aber wegen zu hoher Looßnummer nicht eingestellt sind. Den weiteren Bedarf liefert die Zahl der zufolge Reklamationen vom Militärdienste im Frieden Befreiten, deren häusliche Verhältnisse aber für den Kriegsfall die weitere Berücksichtigung nicht gerechtfertigt erscheinen lassen, sowie die Kategorie der Militärflichtigen, welche wegen geringer körperlicher Fähigkeit oder zeitiger Dienstunbrauchbarkeit vom Dienste im Frieden befreit werden, aber nach Ansicht der Ersatzbehörden sich in den nächstfolgenden Jahren voraussichtlich so kräftigen werden, daß sie zum Kriegsdienste eingezogen werden können. Die also ausgemusterten Mannschaften können bei einer Mobilisierung „sofort“ eingezogen werden. Die Dienstverpflichtung dauert in dieser Reserveklasse fünf Jahre, vom 1. Oktober desjenigen Jahres an, in dem die Ueberweitung zur Ersatzreserve erfolgt ist. Nach Ablauf dieser Zeit gehen sie zur zweiten Klasse der Ersatzreserve über, aus welcher sie ohne besondere Vergütung nach vollendetem 31. Lebensjahr ausscheiden. Die seismannische Bevölkerung kommt unter den vorerwähnten Maßgaben zur Seewehr. Letztere kann bei außergewöhnlichen Flottenaustrüstungen auch zu zweimaligen Übungen eingezogen werden. Alle Militärflichtigen, welche sich für die erste Klasse der Ersatzreserve nicht eignen, werden der zweiten Klasse derselben zugewiezt. Die hierher Gehörigen werden von „Jeder“ Militärdienst- oder Gestellungsfrist „für gewöhnliche Friedenszeiten“ befreit, bleiben jedoch verpflichtet, im Falle eines Krieges oder einer außergewöhnlichen Ergänzung des Heeres, oder eines Theiles des letzteren, sich zur Stammrolle wieder anzumelden und zur Aushebung zu stellen, sobald die Ersatzreservisten ihrer Altersklasse von den Ersatzbehörden hierzu die Auflorderung erhalten, und treten alsdann wieder in die Kategorie der Militärflichtigen. Diese Verpflichtung dauert, wie schon erwähnt, bis zum 31. Lebensjahr. In Bezug auf ihre bürgerlichen Verhältnisse, also auf Auswanderung, Reisen n. s. w. sind die Angehörigen der zweiten Klasse der Ersatzreserve in gewöhnlichen Friedenszeiten den vom Militärdienste völlig Befreiten gleichgestellt. Mannschaften dieser Kategorie, welche durch Konkurslasten nachweisen, daß sie in einem außereuropäischen Lande, woju jedoch die Staatenlander des Mittel- und schwarzen Meeres nicht zu rechnen sind, eine feste Stellung als Kaufleute, Gewerbetreibende u. s. w. erworben haben, können vor dem Befreiungsgesetz der Kreis-Ersatz-Kommission ihrer Heimat für die Dauer ihres Aufenthalts außerhalb Europas von der Befreiung zur Stammrolle, beziehungsweise von der Gestellung im Falle einer Mobilisierung oder außerordentlichen Heeresergänzung befreit werden, und es ist ihnen dies auf Verlangen auch zu bescheinigen. (Köln. Ztg.)

— Gegen die Winkelkonsulanten und Konzipienten werden die in den letzten Jahren ziemlich unbeachtet gebliebenen Maßregeln jetzt wieder mit größerer Rigorosität in Anwendung gebracht. Rechtsanwälte haben zwar nicht unmittelbar darauf eingewirkt, doch ist gewiß nicht ohne Einfluß, daß die übergroße Zahl der Rechtsanwälte bei einzelnen Gerichten, speziell auch beim hiesigen Stadtkirch, die Erträge der anwaltlichen Thätigkeit sehr bedeutend geschmälert hat, während andererseits die Büro-Ausgaben durch die hohen Mieten erheblich gesteigert sind. zunächst wird wohl die Vorschrift der Gerichtsordnung zur Anwendung kommen, nach welchen Eingaben, die augenscheinlich von einem Winkelkonsulanten oder Konzipienten verfaßt sind, ohne berücksichtigt zu werden, den Parteien zurückgegeben und diese über den Verfasser derselben vernommen werden sollen.

— Das königl. Obertribunal hat kürzlich in einem das Vereinsgesetz betreffenden Prozeß folgenden wichtigen Rechtsgrundsatzen angenommen:

„Wer sich nicht sofort entfernt, nachdem der Abgeordnete der Polizeibehörde eine Versammlung für aufgelöst erklärt hat, verwirkt selbst dann die Strafe des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 § 15, wenn jene Auflösung nicht aus einem der Gründe erklärt war, aus welchen das statthaft erklärt.

— Der Konsul des Norddeutschen Bundes zu Barranquila in Colombia (Südamerika), F. Sundheim, hat sich an den Bundeskanzler gewendet, um Schutz für die dort ansässigen Deutschen gegen eine im Falle innerer Unruhen ihnen drohende außerordentliche Besteuerung zu erlangen. Er schlägt vor, einen Generalkonsul in der Landeshauptstadt Santa Fé de Bogota zu ernennen und bis dahin den Vertreter irgend einer befremdeten Macht, etwa Nordamerikas, mit der Wahrung der deutschen Interessen zu betrauen.

— Grünberg, 12. März. In unserer Gesangbuchfrage ist in Folge der Nachricht, daß das Provinzial-Konsistorium bei Gelegenheit einer nötig gewordenen neuen Ausgabe des unter dem Namen „Gründer Gesangbuch“ von Alters her in unserer evangelischen Kirche bestehenden Gesangbuchs, in ähnlicher Weise eingreifen wollte, als dasselbe in anderen Gemeinden Schlesiens es gethan hat, von einer Anzahl evangelischer Bürger an den Magistrat als Patron der Kirche das Gesuch gerichtet worden: die Bevormundung des Konsistoriums aufs Unbedingteste ablehnen und namentlich erklären zu wollen, die hiesige Gemeinde werde, gleich jeder anderen sich selbst achtenden protestantischen Gemeinde, sich weder jetzt noch künftig ein sogenanntes Provinzial-Gesangbuch auf Anordnung des Konsistoriums aufdrängen lassen.

— Primkenau, 12. März. Gestern entschloß hier nach kurzem Krankenlager der Herzog Christian August zu Schleswig-Holstein-Augustenburg in dem Alter von 70 Jahren. (Herzog Christian, geb. 19. Juli 1798, verzichtete zu Gunsten seines Sohnes, des bekannten Prinzen Erbprinz Friedrich, auf seine vermeintlichen Rechte an Schleswig-Holstein.) Am selben Tage und in gleichem Alter starb vor 2 Jahren seine Gemahlin. Der Vollendet ist 15 Jahre im Besitz der hiesigen Herrschaft gewesen, und es geht dieselbe nunmehr an den Herzog Friedrich zu Schleswig-Holstein-Augustenburg über, welcher schon vor einigen Tagen nebst Gemahlin an das Sterbebett des Vaters kam. (Schl. Ztg.)

— Marienwerder, 11. März. Marie v. Noskowska in Berlin ist auf die gegen sie erhobene Anklage allerding freigesprochen, keineswegs aber die Beschlagnahme des ersten Bandes ihrer „Unpolitischen Geschichten“ aufgehoben. Diese ist vielmehr

durch Beschluss des Stadtgerichts in Berlin vom 31. Dezember v. J. bestätigt und in Folge dessen den Polizeibehörden der Auftrag geworden, die Konfiszation der vorhandenen Exemplare herbeizuführen. Nebrigens sind in den hiesigen Buchhandlungen keine Exemplare vorgefunden, es hat also auch keine Beschlagnahme erfolgen können. Dahin ist Ihre der „Nog.-Btg.“ entnommene Notiz zu modifizieren. (D. 3.)

Thorn, 12. März. Eine Gratulationsadresse an den Papst zu den Anfangs April stattfindenden 50-jährigen Feier seines Priester-Jubiläums zirkuliert zur Zeit in unserer Provinz. Die Adress ist in Bayern verfaßt. Die katholische Geistlichkeit, welche diesmal die Unterschriften sammelt, verfährt hierbei sehr sorgsam; es sollen nur eigenhändige Unterschriften nach Rom gehen. (T. 3.)

Merseburg, 12. März. Der Lehrer Zeidler aus Spielberg bei Schul-Pforta, wegen Verbreichens gegen die Sittlichkeit seit längerer Zeit verhaftet, stand heute vor den Schranken des Schwurgerichts zu Naumburg. Er räumte zwar die ihm zur Last gelegten Handlungen ein, behauptete aber dabei, „nicht gehabt zu haben, daß er etwas Strafbares begehe!“ Das Verdict der Geschworenen lautete auf schuldig, worauf er von dem Richterkollegium zu 2½ Jahr Zuchthaus verurtheilt wurde. (Magd. 3.)

Dresden, 12. März. Nach 4-tägigen Gerichtsverhandlungen sind von den 12 wegen Theilnahme am Aufruhr beim Dienstmanskratze Angeklagten 6 freigesprochen, die übrigen zu mehrmonatlichem Gefängnis verurtheilt worden.

In **Worms** ist auf den 18. Mai d. J. (Dienstag nach dem Pfingstfeste) eine allgemeine Versammlung der protestantischen Südwesdeutschlands ausgeschrieben, in welcher der Gemeinjamkeit in der protestantischen Kirche Ausdruck gegeben und über nothwendige Reformen der Kirchenverfassung berathen werden soll.

Oesterreich.

Wien, 14. März. (Tel.) Die „Presse“ meldet: Die französische Regierung hat an die ihr befreundeten Mächte durch die in Paris akkreditirten Vertreter derselben Aufflüsse über die belgische Streitfrage gelangen lassen, um die alarmirenden Gerüchte auf das richtige Maß zurückzuführen und darzuhun, daß die Streitfrage nicht im Entferntesten zur Besürftung ernster Verwicklungen Anlaß biete.

Wien, 13. März. Im Reichsrathe legte der Handelsminister den Gesetzentwurf vor, betreffend die Bevollständigung des österreichischen Eisenbahnnetzes nach einheitlichen Prinzipien. Der Entwurf theilt die projektierten Linien in garantirte und nicht garantirte. Die letzteren geniesen Stempelfreiheit und Steuerfreiheit für die Dauer von 30 Jahren. Als zunächst berücksichtigt erscheinen die internationalen Verbindungen mit Preußen, Bayern (Wildschwert-Glatz und Anschluß an das bayerische Netz von Innsbruck aus); sodann die Verbindung der beiden Reichshälften untereinander. Die einzelnen Linien werden durch Spezialgesetze eingeführt werden. Der Handelsminister legte bereits vier solcher Spezialgesetze vor, eines derselben betrifft eine zwischen Galizien und Ungarn über die Karpaten zu führende Bahn.

Die bischöfliche Konferenz, welche sich mit der Schulaufsichtsverordnung beschäftigte, hat ihre Aufgabe beendet und sich den Nachrichten klerikaler Blätter zufolge für den Eintritt des Klerus in den Schulrat ausgesprochen. — Auch der schlesische Landesausschuß hat in seiner letzten Sitzung, in welcher die Mittheilung der Landesregierung vorgelesen wurde,

dass das vom schlesischen Landtage angenommene Schulaufsichtsgesetz die Allerhöchste Sanktionierung nicht erhalten habe, beschlossen, seine Mitwirkung zur Durchführung der Verordnung des Unterrichtsministers vom 10. Februar 1869 — betreffend die Schulaufsicht und das neue Schulgesetz — zu versagen, und selbe in einem motivirten Bericht abgelehnt.

Wien, 12. März. Die „Presse“ schreibt unter dem 10. d.: Der Gesandte Preußens und des Norddeutschen Bundes, Freiherr v. Werther, begiebt sich dieser Tage nach Berlin. Wie wir hören, geschieht dies ausschließlich der Konfirmation seiner Tochter wegen. Die Reise des Freiherr v. Werther nach Berlin hat also ebenso wenig irgend einen Zusammenhang mit der Politik, wie die angebliche Reise des Herzogs v. Gramont nach Paris. Der französische Botschafter wird vorläufig Wien gar nicht verlassen und hat, dem Vernehmen nach, überhaupt einen Ausflug nach Paris gar nicht beabsichtigt.

Es unterliegt nunmehr keinem Zweifel, meldet der „Pester Lloyd“, daß die jüngste Anwesenheit des Führers der Jungzechen, Sladkovsky, der Ausgleichsfrage mit den Czechen gegolten habe. Allerdings wird hier und da behauptet, die Reise Sladkovsky's habe nur der Angelegenheit des czechischen Theaters in Prag gegolten, indessen ist dies nur der offensilbe Vorwand, mit dem die faktisch stattgehabten Konferenzen zwischen Banhans und Sladkovsky maskirt werden sollen. Über das Resultat dieser Konferenzen verlautet nur so viel, daß sie resultatlos blieben.

Die hier tagende Bischofsversammlung hat sich ganz nach parlamentarischem Brauche konstituiert. Es gibt da eine Rechte, Linke und ein Zentrum. In letzterem begegnen wir dem Kardinal Rauscher. Die Rechte hat zu ihrem Führer den Kardinal Fürsten Schwarzenberg. Es geht in klerikalen Kreisen das Gerücht, die Versammlung beschäftige sich nun auch mit der Frage einer Minister-Eckommunität, gegen die sich Kardinal Rauscher sträube, der aber Fürst Schwarzenberg und der Grazer Bischof mit allem Feuer das Wort redeten.

— Über die Ausgleichsversuche mit den Czechen schreibt man dem „Dressd. J.“ von hier:

Die Versuche, zu einer Verständigung mit den Czechen zu gelangen, sind gescheitert. Die Gründung eines Czechenstaats, zu dem Böhmen, Mähren und Schlesien gehören sollen, der sein eigenes Ministerium und eine mit Ungarn ganz gleiche Stellung im Reiche verlangt, mit dem es nur durch eine Delegation zusammenhängt will, bleibt das Programm dieser Partei. Damit sind aber zuvörderst weder die Deutschen in Böhmen noch die Länder einverstanden, die mit der sogenannten Wenzelskone vereint werden sollen, und überhaupt kann sich die Regierung nie und nimmer auf die Diskussion eines Vorschlags einlassen, der die Auflösung der Monarchie in sich schließen würde. Die Lage dauert mithin in dieser Hinsicht fort, wogegen mehr Aussicht zu einer Vereinbarung mit den Polen zu gelangen, vorhanden ist, da diese so ausschweifende Ansprüche nicht erheben.

Eine lange schwedende Angelegenheit — eine Angelegenheit, in welcher es sich um das wichtige Prinzip handelt, ob der Staat die Herstellung seiner Kriegsvorräthe aus der Hand geben und der Privatindustrie überlassen dürfe, ist endlich zur Entscheidung gediehen: die Verpachtung des Arsenals mit sämtlichen Einrichtungen und Maschinen und mit der Verpflichtung, fortan den Armebedarf an Artilleriematerial zu liefern, ist soeben ausgeschrieben worden. — Im Laufe dieses Monats wird, wie dem „Pester Lloyd“ geschrieben wird, in Lemberg eine aus mehreren Genie-Offizieren gebildete Kommission erwartet, welche sich nach dem Czortower Kreise begeben soll, um am Ondester einen zur Anlage einer größeren Grenzfestung geeigneten Punkt auszuwählen, welcher gleichzeitig einer in Ostgalizien operirenden Armee als Reduit dienen soll.

Die nächsten chemischen Hausfreunde.
Stück von Karl Küs.
Wie ein vorzugsweise charakteristisches Merkmal unserer Zeit in der raschen Entwicklung und dem schnellen Ausbau der Naturwissenschaft nach allen ihren Seiten hin uns entgegentritt, so liegt ein zweites wiederum in dem raschen Bestreben, alle Fortschritte und Entdeckungen der Naturwissenschaft vorzugsweise dem täglichen Leben praktisch nutzbar zu machen. Dies letztere kommt aber insbesondere der Hauswirtschaft zugute; in ihm begründet liegen alle jene Bestrebungen, welche als Chemie der Küche, sei es auf dem Gebiete der Literatur oder sei es in Vorträgen der Frauenwelt und nicht minder einem großen allgemeinen Publikum jetzt entgegengebracht werden. Neuerdings hat ein Zweig der Naturwissenschaft, die Chemie, vor allen andern der Hauswirtschaft große und wichtige Gaben gespendet; diese einmal zu überschauen und zwar infoweit diese heutzutage jeder praktisch tüchtigen und gebildeten Frau zu Gebote stehen, ist der Zweck des Nachfolgenden.

Doppelkohlensaures Natron. (Natronbitkbonat oder saures Kohlensaures Natron.) Bei Magensäure mit saurem, bitter-süßem oder sonst übelm Geschmack, sowie auch zum Abführen darf dies Salz als ein gutes Hausmittel theelöffelweise in Zuckerwasser, jedoch nicht zu oft und nicht zu viel gebraucht werden. Vorsätzlich empfehlenswerth ist es zum Reinigen der Zahne; Dr. Wilhelm Sueren senior empfiehlt in seinen trefflichen Schriften über die Pflege des Mundes und der Zahne Abends einen Theelöffel voll in Wasser aufzulösen und damit vor dem Schlafengehen den Mund auszubürsten. Hauswirtschaftlich ist es ein vortheilhafter Zusatz zum gemahlenen Kaffee, unter den man auf 300 Theile gleich nach dem Brennen und Mahlen einen Theil zumischt; es bewirkt ein viel kräftigeres Ausziehen des Kaffees, welches sich schon in der dunkleren Farbe anzeigt, ohne den Geschmack im geringsten zu benachtheiligen. Zu Weinbowlen aus jungem, leichtem und sehr saurem Rhein-, Mosel- oder Landwein setzt man 1/6 Duentchen des Natrons auf die Flasche hinzu; hierdurch wird die Säure abgestumpft, allein der Wein wird auch matt. Man muß deshalb auf je fünf bis sechs Flaschen des Weins ein Spülgläschchen voll reinen Sprit, guten Rum oder Arah hinzusetzen und die Bowle bald trinken. Auch sauer gewordenes Bier ist durch einen ganz kleinen Zusatz dieses Natrons, ebenfalls mit ein wenig Sprit, noch wiederherzustellen. Das oft so sehr wohlthätige und jederzeit durchaus unchädliche Brausepulver kann man sich selbst bereiten, indem man doppelkohlensaures Natron 5 Theile und Weinsteinäsure 4 Theile nebst Zucker 9 Theilen, jedes aufs feinste gepulvert und durchaus trocken zusammenmischt und dann in einem weithalsigen, mit einem eingeriebenen Glasstopfel gut verschlossenem Glase aufbewahrt. Englisches Brausepulver besteht aus Natron 30 Theilen und Weinsteinäsure 25 Theilen; jedes für sich, das erstere in

Niederlande.

Haag, 13. März. Die zweite Kammer hat die Aufhebung der Zeitungsstempelsteuer mit 41 gegen 31 Stimmen genehmigt; dieselbe tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. Der zur Declung des Ausfalls erforderliche Betrag wurde mit 56 gegen 15 Stimmen bewilligt. — Von unterrichteter Seite wird die Nachricht, daß Holland der Abtretung der Eisenbahnlinie Lüttich-Eindhoven an die Französische Ostbahngesellschaft die Genehmigung versagt habe, für unbegründet erklärt.

Belgien.

Brüssel, 13. März. (Tel.) Der französische Gesandte, Bismarck de Lagueronnière, ist heute hier angekommen und bringt versöhnliche Instruktionen mit. Frankreich verzichtet darauf, daß der Vertrag zwischen der Luxemburgbahn und der französischen Nordostbahn bestätigt werde und verlangt nur Beweise dafür, daß der Widerstand Belgiens rein aus Rücksichten der Staatsökonomie hervorgehe.

Frankreich.

Paris, 11. März. Die hiesige offizielle Presse beobachtet heute ein beredtes Schweigen Betreffs der belgischen Frage. Nur das „Pays“ ergeht sich in seiner gewöhnlichen ungezogenen Weise in Schmähungen gegen das Nachbarland. Es wirkt, wie übrigens schon früher der „Public“ gehabt, Belgien vor, „daß es die ganze europäische Demokratie beherberge“. Um eine Idee von der Sprache des „Pays“ zu haben, braucht man nur die Schlussstelle seines Artikels anzuführen:

„Belgien, der Schlupfwinkel der europäischen Banditen, das undankbare, uns trockende Belgien, das den Messern der Meuchelmörder zum Schleifstein dienende Belgien, welches das Tunis und Algerien aller Piraten geworden ist, — dieses Belgien bereitet sich für die Zukunft eine große Liquidation vor, welche wir in der höchsten Unabhängigkeit unserer Überzeugung mit ganzem Herzen herbeiwünschen.“

Daß das „Pays“ in seiner Stellung zur Regierung und zum Hof eine solche Sprache führt, ist doch stark. Allerdings ist man bei Hofe, abgesehen von der Eisenbahn-Angelegenheit, schon wegen des Erscheinens der Klochfortschen „Laternen“ äußerst aufgebracht auf Belgien.

Paris, 13. März. (Tel.) Im gesetzgebenden Körper wurde der erste Artikel der Vorlage, die Arbeiten am Trokadero betreffend, angenommen; der zweite Artikel, bezüglich des Gartens des Luxembourg, unter Zustimmung der Regierung der Kommission überwiesen. — „Etendard“ sagt, es würde nicht eine internationale, sondern eine französisch-belgische Kommission die staatswirtschaftlichen Fragen reguliren. Gleichzeitig erklärt dasselbe Blatt: Die gestern verbreiteten Nachrichten von einer angeblichen Entschließung der holländischen Regierung bezüglich der Eisenbahnen für grundlos. — Ebenso erklärt „Public“ die Nachricht, die französische Regierung habe mehreren Mächten Mittheilungen in Betreff der belgischen Angelegenheit zugehen lassen, für unbegründet. — „France“ meldet, daß Nigra Gesandter in Paris bleiben wird. — „Patrie“ erklärt die Nachricht, daß Russland Truppen nach Bessarabien gesandt habe, für unbegründet. — „Temps“ glaubt zu wissen, daß die Angelegenheit bezüglich der italienischen Kirchengüter mit dem Hause Gould und dem Kredit-Konzern zum Abschluß gebracht sei.

Spanien.

Madrid, 12. März. Ein Komitee, an dessen Spitze Drense, Pierrad und andere Personen stehen, hat für den kom-

weisen und das letztere in blauen Papierkapseln. Gutes reines doppelkohlensaures Natron muß ein sehr feines, blendend weißes Pulver oder formlose muschelige weiße Stücke bilden. Leptere pulvert man selbst und schlägt sie durch ein feines Haarsieb; es muß durchaus trocken sein, sandig und schwach laugenhaft schmecken und keinen Geruch haben, muß in 12 Theilen kaltem Wasser auflöslich, dagegen im Weingeist unauflöslich sein, es darf die Farbe von blauem Lackuspapier nicht verändern, muß dagegen rothes Lackuspapier bläuen. Man kauf das Pfund des reinsten zu 6—8 Silbergr., während das unreine als Bulrichsalz oder chemisches Universalreinigungssalz gegen alle möglichen und unmöglichen Krankheiten ausgetragen, in Einfund-Packeten 10 Silbergr. kostet.

Nebermannsäures Natron. Eduard Grüne in Berlin suchte kürzlich dies bis dahin in weiteren Kreisen noch ziemlich unbekannte Salz als „chemischen Hausfreund“ einzubürgern.

Es verdient dies in der That, denn seine Nutzbarkeit ist sehr groß und besteht in Folgendem: Als bestes Mund- und Zahnwasser, welches krankhafte Pilzwucherungen, üble Gerüche u. s. w.

sogleich zerstört, bereite man sich eine kirschrote Auflösung in reinem Wasser und spüle damit ein- bis zweimal täglich den Mund aus; dabei benimmt es zugleich die Gerüche des Rauchens, Bier-, Wein- u. c. Trinkens. Um altgewordenes und sehr übelriechendes Fleisch, Fische u. c. von dem „Wildgeruch“ zu befreien, übergiebt man es ebenfalls mit der Auflösung, läßt es so lange damit stehen, bis es geruchlos geworden und wäscht es dann mit reinem Wasser ab; auch gekochtes und gebratenes Fleisch läßt sich ebenso damit wieder aufrischen. Gekröse, Eingeweide und dergleichen werden mit diesem Natron am vortheilhaftesten gereinigt. Zu der Bedeutung dieses Natrons als Desinfektionsmittel gelangen wir späterhin; hier sei nur bemerkt, daß die Auflösung vermittelst eines Rebrauchs in die Luft der Krankenräume in geblasen am sichersten alle Ansteckungstoffe vernichtet und daß Aerzte, Krankenpfleger und andere Personen in häufigen Waschungen mit der Auflösung ein sicheres Schutzmittel gegen Ansteckungen vor sich haben. Bei den sogenannten Schwämmen der Kinder ist ein Auspinseln mit sehr schwacher Auflösung des Salzes ein bis zweimal täglich sehr wirksam und unschädlich. Insektenstiche, Schlangenbisse und der Biß toller Hunde sollen durch eine konzentrierte Auflösung oder durch Einstreuern als Pulver unschädlich gemacht werden können. (Doch ist der Arzt bei letzteren nicht zu versäumen). Zur Prüfung des Trinkwassers wird dasselbe in einem klaren Glase durch die Auflösung schwach rosérot gefärbt; gesundheitszuträgliches Wasser muß diese Färbung stundenlang beibehalten; je schneller das Wasser aber durch Abziehen von brauen Flocken wieder klar wird, desto schlechter ist es zum Trinken. Flecke von Höhlenstein, die oft schwierig zu beseitigen sind, werden unschwer entfernt, wenn man eine konzentrierte Auflösung des Natrons mit Salzsäure vermischt,

dies Gemisch auftröpfelt und sogleich mit verdünntem Salmialgeist wieder abwässt. Kleine Holzgegenstände lassen sich mit mehr oder minder konzentrierter Auflösung dieses Natrons schön eichen- oder mahagonibraun färben. Wohl gewordene Blumen, die noch nicht völlig erstorben, werden neubelebt, wenn man sie in nur schwach mit dem Natron geröthetes Wasser stellt; auch erhalten sich die Blumen in solchem Wasser viel länger frisch. Um verschiedene Sorten von Wein, Bier nach dem Geschmack recht sorgfältig zu prüfen, spüle man den Mund jedesmal mit der Auflösung dieses Salzes aus. Für alle diese Zwecke ist eine Messerspitze voll des röthlichbraunen Pulvers auf ein Quart Wasser oder so viel, daß das Wasser himbeerrot gefärbt wird, am vortheilhaftesten. Grüne verkauft das Natron als ein gemischttes Pulver in verschiedenen, für Herren und Damen bestimmten Dosen, und gerade diese Form ist ihrer bequemen Handlichkeit wegen sehr empfehlenswerth. Außerdem kauf man es in den Droguenhandlungen.

Wäsche, Bleich- und Fleckenreinigungsmittel. Eine Anzahl von Stoffen wird neuerdings als ein Hilfsmittel bei der Wäsche in Gebrauch gezogen und zeigen sich äußerst nutzbar; ganz dieselben dienen dann auch zum Theil als Bleichmittel. Da das Ausbringen der Flecke im Allgemeinen doch nur eine Reinigung, also ebenfalls eine Wäsche oder Bleiche ist, dürfen wir die hierher gehörigen Mittel sogleich mitbeschreiben.

Quillaya-Rinde, der gewöhnlichen Seifenwurzel sehr ähnlich und ganz ebenso wie dieselbe, nur vortheilhafter zu gebrauchen. Etwa wie Häcksel zerschnitten, 1 Theil wird mit warmem Wasser 20 Theilen übergeossen und nach einigen Stunden abgesiebt; diese Flüssigkeit dient als vorzüglichstes Waschmittel für alle wollenen und seidenen Stoffe. Der Waschwert der Quillayarinde stellt sich in ein Verhältniß, nach welchem 1 Pf. davon grüner Seife 3 Pfund entspricht. Ihr Preis beträgt 4 1/2 bis 5 Sgr. (in eleganter Verpackung 8 Sgr.), während die gewöhnliche Seifenwurzel 4 Sgr. das Pfund kostet. Man bewahrt sie am besten fein zerschnitten und vom Staube durch Absieben befreit in Holzkästen am trocknen Orte auf. Neuerdings hat man auch die Wurzeln der bekannten Lupinen als Waschmittel vorgeschlagen; fein zerschnitten soll man sie eine halbe Stunde lang in Wasser lochen, dabei aber den Schaum nicht entfernen, weil dieser den kräftigsten Waschstoff enthält. Die abgesiebte Flüssigkeit dient besonders zum Waschen von Wolle, roher und gewebter Seide und dergleichen. Die vor dem völligen Verbrechen des Stengels ausgegraben und abgeschnittenen Wurzeln werden gereinigt, von den verfaulten befreit, an der Luft getrocknet und zerschnitten. Die gelbbraune Farbe der Abköhlung kann durch Hineinwerfen alter, aber ungefärbter und sehr reiner Baumwollwollappeln entfernt werden.

(Fortsetzung folgt.)

menden Sonntag eine große Kundgebung für Abschaffung der Konskription angezeigt. Alle, welche für Abschaffung derselben sind, werden eingeladen, sich ohne Unterschied der Partei derselben anzuschließen. — „Imperial“ meldet, daß der Fraktionsvorstand der Majorität die Forderung stellen wird, daß Serrano einen Vertreter der demokratischen Ideen in das Ministerium aufnehmen möge.

Madrid. 13. März. In der heutigen Sitzung der Cortes fragte Herraaq ob es wahr sei, daß in Malaga zwischen den Karabiniers und den Tabaksverkäufern ein Konflikt stattgefunden habe. Der Finanzminister Figuerola bejahte diese Frage und fügte hinzu, die unteren Klassen hätten geglaubt, die Erwähnung der Gesetzesvorlage Delestancos bedeute deren Annahme. — Die Wahl Motrils wurde mit 113 gegen 105 Stimmen genehmigt. — Eine Versammlung der Majorität der Cortes hat gestern Nachts beschlossen, die beantragte Kontingentskomplettirung durch Konskription von 2500 Mann zu bewilligen; doch solle dies die letzte derartige Bewilligung sein und an die Stelle der Konskription in Zukunft Werbung von Freiwilligen treten. — Der Bericht der Verfassungskommission wird in den ersten Tagen der nächsten Woche eingebracht werden und sofort zur Debatte gelangen.

Madrid. 13. März. (Tef.) Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein Birkular des Finanz-Ministers Figuerola, welches die Bedingungen des mit Frankreich am 18. Juni 1865 abgeschlossenen Handelsvertrages auch auf Deutschland anzuwenden befiehlt.

— Aus Madrid schreibt man von einem Versuch, 6 bis 7 Tausend Soldaten, die in der Kaserne der Leibwache untergebracht sind, zu vergiften. Die Wachsamkeit eines Offiziers soll das Komplott vereitelt haben. Dagegen ist dieselbe Kaserne am 6. März wirklich in Brand gesteckt worden. Das Dachwerk, die Stallungen und Magazine standen zu gleicher Zeit in Flammen.

— Der alte Adel von Spanien scheint sich ziemlich leicht in die neue Ordnung der Dinge zu finden. Viele Mitglieder desselben, welche ins Ausland gegangen waren, kehren wieder zurück, und zwar nicht in der Hoffnung, daß dieser oder jener ausländische Fürst zur Herrschaft über ihr Vaterland berufen, sondern daß es dem spanischen Volk gelingen werde, eine seiner nationalen Würde angemessene Regierung zu finden. Die großen spanischen Adelsgeschlechter hatten nie ein rechtes Herz zu den Bourbonen fassen können, sie blieben mit der Masse des Volks den habsburgischen Traditionen, der Erinnerung an einen Karl den Fünften getreu. Das Volk rechnet es ihnen hoch an, daß sie sich besonders unter der letzten bourbonischen Regierung von der Gemeinschaft mit jenem, durch die Bourbonen geschaffenen neuen Adel fernhielten, der nur darauf ausging, durch Verschönerungen sich Einfluß und Geld zu verschaffen. Im Jahre 1865, als Narvaez mit dem Hof und der hohen Beamenschaft den Jahrestag der nationalen Märtyrer des Dos de Mayo durch einen festlichen Zug feiern wollte, bildeten die Angehörigen der alten Adelshäuser mit dem Volke einen besonderen Zug, unbekümmert um die Wuth von Narvaez. Die Albas besonders wußten sich durch die Art, wie sie ihre städtischen Aemter verwalteten, in der Gunst der Madrider zu erhalten. Sie vermieden möglichst, in dem königlichen Schloß zu erscheinen. Als Herzog Medina Celi nach langjährigem Wegbleiben einmal wieder den Hof besuchte, und Königin Isabella in gereiztem Ton ihn fragte: „Warum hast Du Dich so lange nicht hier sehen lassen?“ gab er die kühne Antwort: „Weil ich in Gesellschaft meiner Frau gewisse Häuser nicht besuchen kann.“ Isabella entgegnete zornig: „Erinnere Dich, daß schon etliche Deiner Vorfahren dieses Schloß lebendig betreten und tot verlassen haben“, worauf der Herzog mit den Worten: „Eure Majestät möge sich erinnern, daß wir nicht mehr im Mittelalter leben“, sich entfernte. Obwohl die Königin die Verbannung über ihn verhängte, so blieb er doch, im Vertrauen auf die Sympathien seiner Mitbürger, unbefoigt in der Hauptstadt.

— Der Berichterstatter der „Times“ in Madrid klagt über eine wahre Schreckensherrschaft. Nicht jedoch als ob man sich vor Unheil fürchte, das die Regierung etwa anrichten könnte, sondern weil die Regierung selbst das Publikum mit den Umtreibungen der Reaktionäre zu schrecken suche. Die gegenwärtigen Regenten — bemerkt der Korrespondent — haben von der vertriebenen Königin gelernt und verlassen sich zwiel auf materielle Stärke und zu wenig auf ihren moralischen Einfluß; sie stützen sich lieber auf die Armee, als auf die Nation. Man hört zwar viel von den glorreichen Errungenschaften der Revolution, aber die Revolution hat den Wahlspruch adoptirt: „Wehe den Besiegten.“ Nach wie vor herrscht die Leidenschaft, und Missbrauch der Gewalt erzeugt und rechtfertigt fast die Selbsthülfe durch Gewalt. Das Schlimmste dabei ist, daß die Gerechtigkeit, mag sie nun gut oder schlecht sein, noch das Licht des Tages scheint. Neben den Mord in Burgos ist noch kein Wort gedruckt worden. Ein Kriegsgericht hat zwar lange verhandelt, aber außer den Namen der Nebelhäuter ist nichts bekannt geworden, als daß 4 bis 5 der Mitschuldigen verurtheilt, dagegen die Strafe für den Hauptschuldigen mildernde Umwandlung erlitt.

Italien.

Florenz. 13. März. (Tef.) Die „Italienische Corresp.“ meldet: Die internationale Kommission, welche die Mittel zur Herstellung eines direkten Postdienstes zwischen Brindisi und Ostende prüfen wird, tritt am 3. April in Florenz zusammen. Alle bei der Frage interessirten Regierungen werden in derselben vertreten sein.

Großbritannien und Irland.

London. 10. März. In der chinesischen Stadt Yangtseku, welche zwischen Nanking und der Mündung des Yangtsekiang gelegen ist und wo eine einzige Missionssgesellschaft sich niedergelassen hat, ist unter den Einwohnern und den Fremdlingen ein Streit ausgebrochen, in Folge dessen die Missionäre als richtige Engländer gleich ein Kanonenboot des britischen Geschwaders herbeiriefen und durch Gewaltdrohung ihre Widersacher zur Ruhe zwangen. Es solches Pochen auf das „civis romanus sum“ ist aber bei Weitem nicht mehr so populär in England, wie zu den Zeiten Lord Palmerstons, das geht aus folgendem hervor:

Der Herzog von Somerset, welcher unter der früheren liberalen Re-

gierung Marineminister war, hielt in der gestrigen Sitzung des Oberhauses eine gewaltige Rede gegen die Missionare, welche anderen Völker umfangreiche Aufregung und ihrem eigenen internationale Unannehmlichkeiten bereiten. Wenn ein Prediger in Birmingham auftritt und seine Ansichten über Katholizismus oder Protestantismus öffentlich auseinanderlegt, so wirft der Pöbel Fenster ein, schlägt sich Leder in die Köpfe und nützt dem Christenthume sehr wenig; — man denke nur an den berüchtigten Murphy. Sollen wir denn, meint der Herzog, höhere Ansprüche der Bildung und Mächtigung an die Chinesen stellen, als an uns selbst? Ein chinesischer Minister äußerte dem französischen und dem englischen Gesandten gegenüber: „Hier steht Ihr, die Vertreter der mächtigsten und weisesten Völker der Welt. Ihr seid hierher gekommen als Freunde in allem Anderen, nur nicht in Eurem Christenthum. Da Ihr nun so weise und gute Freunde seid, warum könnt Ihr Euch nicht unter Euch selbst zuerst über die wahre Gestalt des Christenthums einigen, ehe Ihr über unser Land die Reime Eures Habers aussprengt?“ Die Chinesen, fuhr der Redner fort, seien wirklich den französischen Missionaren ebenso wenig grün, wie den englischen; sie schlagen die Einen auf den Kopf und würfen die Anderen aus der Stadt heraus, so daß die religiöse Gleichberechtigung so ziemlich beobachtet werde. Es gebe freilich eine gewisse Klasse unter den Chinesen, die man mit leichter Mühe — für ein paar Dollars — zum Christenthume herüberziehen könne. Aber man sehe nun einmal zu, von welchen Folgen die neue Religion begleitet ist; man gehe nach Shanghai, dem Hauptfamilienpunkt der chinesischen und europäischen Christen. Wie verkommen auch manche Hofsiedlungen in anderen Ländern seien, nirgendwo werde man einen solchen Pfuhl der Schande und des Lasters finden, wie gerade in Shanghai. Und wie sollten auch die Chinesen eine Religion lieben lernen, die mit Kanonenbooten und Armstrongs ausgetragen werde? Lord Clarendon stimmte in die praktischen Folgerungen des Herzogs ein, wenn er auch die Beurtheilung etwas scharf fand, und er erklärte, den Missionssgesellschaften ein für allemal angedeutigt zu haben, daß ihre Sendlinge in China hinfür nur da einen Schutz beanspruchen könnten, wo ein englischer Konsul ansässig sei, in keinem Falle aber auf Zwangsmethoden von Seiten der britischen Flotte rechnen dürften. An Abyssinien haben sich die Engländer offenbar eine gute Lehre genommen.

Rußland und Polen.

Petersburg. 10. März. Der ehemalige Wirkl. Staatsrath Arning, welcher von dem Petersburger Militär-Bezirksgerichte wegen Unterschlagung von 42,000 R., die dem Ressort der Fabrik chirurgischer Instrumente gehörten, und Fälschung dienstlicher Dokumente zum Verlust der Bürgerrechte und zur Verbannung nach Sibirien verurtheilt worden, soll, wie die „N. S. P. Z.“ erfahren haben will, auf sein dem Kaiser eingereichtes Gnadengebot durch Allerhöchsten Befehl von der Verbannung nach Sibirien befreit worden sein. — Über Herzzen haben russische Zeitungen gemeldet, daß derselbe sich an den Geistlichen der russischen Geistlichkeit in Wien, Herrn Rojewski, gewendet und diesen gebeten habe, ihm die Erlaubnis zur Rückkehr nach Russland auszuwirken. Die „St. Petersb. Z.“ will erfahren haben, daß diese Nachrichten unbegründet sind. Sicher sei nur das, sagt das genannte Blatt, daß der Sohn des Hrn. Herzzen, der in Florenz lebt und an der dortigen Universität Professor der Physiologie ist, die russische Regierung um die Erlaubnis gebeten hat, auf kurze Zeit nach Russland kommen zu dürfen, um die den Grundbesitz seines Vaters betreffenden Angelegenheiten zu ordnen. Hrn. Herzzen gehört nämlich noch jetzt ein großes Besitzthum 7 Werft von Kostroma — Zur Plotizynischen Angelegenheit meldet die „Neue Zeit“ nach einem Gerüchte, daß ein großer Theil der gefundenen Millionen aus Morjanowski verschwunden sei und sich im Auslande, und zwar in Bjelaja-Skrinza in Österreich befindet. Wie man sagt, ist dieserhalb ein hochgestellter Justizbeamter des Gouv. Tambow verhaftet worden. Den „Nachr. aus der Gegenw.“ wird geschrieben, daß außer den Gegständen, von denen schon früher gemeldet worden, im Hause Plotizyn noch mehrere andere entdeckt worden sind, u. a. eine ziemlich ausgedehnte Korrespondenz mit den sibirischen und anderen Skopzen, die sicher Vieles aufklären wird. Ein langes Verzeichniß von Skopzen wurde auf dem Gelde liegend gefunden; auch hatte Plotizyn ein Verzeichniß aller nach Sibirien verbannten Skopzen bei sich.

!! **Petersburg.** 13. März. Die Ausfälle der französischen Presse gegen Preußen erregen sogar den Unwillen der Moskauer Blätter; die „Wed. Mosk.“ sagt darüber: „Die so weltberühmte Kurtoissie der französischen Presse hat sich in die amerikanischen Urwälder geflüchtet und einem Weisen Platz gemacht, dessen sich die Presse des zivilisierten Volkes Europas nicht schuldig machen darf. Das Blatt hält darauf eine lange Lobrede dem Grafen v. Bismarck und sagt in Bezug auf dessen Rede in der Beschlagnahmedebatte unter anderm: Graf B. ist ein Staatsmann, der da erkennt, daß in jedem geregelten Staate der Vortheil des Einzelnen dem Gesamtinteresse unterworfen sein muß und daß man gegen die, welche das Gesamtinteresse bedrohen, auch wenn sie Fürsten sind, nicht in seidenen Schuhen auftreten darf. Da es die erste Pflicht einer jeden Regierung ist, auf das Sorgfältigste das Gesamtinteresse des Staates zu schützen, so dürfen keinerlei Rückichten, die sich nicht unmittelbar an dieses knüpfen, bei ihr eine primäre Wichtigkeit haben und es muß ihr bei Verfolgung der ihr aufgetragenen Mission gleichgültig sein, ob die Interessen derer, welche ihr in der Ausübung ihrer Pflichten hinderlich sind oder gar die Prosperität des ihr anvertrauten Staates bedrohen, unangefochten bleiben dürfen, oder ob sie verletzt werden müssen. Wenn nun die französischen Blätter meinen, Preußen oder vielmehr sein Lenker schalte mit dem Eigenthum fremder Fürsten ganz nach Belieben und wider das Völkerrecht, so ist dies eine direkte Verleumdung und politische Taktlosigkeit. Denn Preußen befand sich, als es zu dem Krieg mit Österreich gedrängt war, den Deposediriten gegenüber in der Lage, so handeln zu müssen, wie es gehandelt hat. Es trat nicht als Großerer aus Ruhm- oder Vergnügungsucht auf, sondern befand sich in der Notwehr, und hätte nunmehr ohne Beschränkung handeln können. Wenn es aber nicht so handelt, sondern den Besiegten den Weg des Vergleiches einräumt und ihnen Rechte gestattete, die sie eigentlich nicht zu beanspruchen hatten, so handelt es sehr billig, und wenn der andere Theil, die Deposediriten, die Grenzen der Verträge nicht kennen und respektiren will, so steht Preußen doch jedenfalls zu, seine Rechte selbst durch Gewaltmittel zu schützen, um so mehr, als davon die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe des Staates, vielleicht mehrerer Staaten, abhängt! — So ohngefähr und noch eingehender läßt sich das genannte Blatt über diesen Gegenstand aus. Am Schluß wirft es die Frage auf, ob vielleicht Frankreich, wenn es an Preußens Stelle wäre, die Mittel dazu hergeben würde, Bestrebungen, die gegen den Bestand des Reiches gerichtet wären, zu vermehren, oder ob es dem Beispiel Preußens folgen würde.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. 9. März. Bekanntlich beruhen die Differenzen zwischen Persien und der Türkei hauptsächlich auf Grenzverlegungen, welche zwischen beiden Staaten chronisch sind. Die „Wiener Abendpost“ will inzwischen noch von einer zweiten Ursache wissen, welche jene Spannung veranlaßt habe. Persien sei nämlich sehr beleidigt durch den Schutz, der den sogen. Babisten von der türkischen Regierung in Bagdad gewahrt wird. Diese religiöse Sekte ist neueren Datums und im Jahre 1843 von einem gewissen Mirza Ali Mohammed begründet worden. Er nannte sich „Bab“ (Pforte der Wahrheit) und sein Name wurde auch der neuen Sekte, die vom Koran nichts wissen will und die Frauen derart emanzipiert, daß nach Bab eine Frau Namens Gurret-Ulli-Ain (Augentrost) den höchsten Rang einnimmt. Die türkischen Spezeverbote, die Bekleidung durch Berührung eines Ungläubigen zu existieren für sie nicht. Ihre Lehre fanden zahlreiche Anhänger, die jedoch in Folge des Einflusses der Schiitischen (Persischen) Mullahs blutigen Verfolgungen ausgesetzt waren, Bab und viele Babisten wurden geköpft; die Überlebenden flohen unter der Führung eines zweiten Bab Mirza Thia nach Bagdad. Uebrigens zählte Persien in allen Klassen der Gesellschaft noch viele Babisten, die sich zu einer politischen Partei gestalten, welche der gegenwärtigen Regierung feindlich sei.

Konstantinopel. 10. März. Die Abberufung des russischen General Ignatjeff, oder vielmehr dessen Beurlaubung auf ein Vierteljahr, betrachtet man hier als bedeutsames Zeichen einer Wendung der russischen Politik. Bekanntlich hatte der General im Dezember vorigen Jahres sich sehr eifrig, wenn auch erfolglos, bemüht, die hohe Pforte von der Idee eines Ultimatums, gegen Griechenland abzubringen.

Serbien hat in neuester Zeit lebhaft mit der Pforte zwei Angelegenheiten verhandelt; einmal hat es mit Berufung auf den Wortlaut der betreffenden Abmachungen die Räumung auch der beiden kleinen Forts angeregt, welche die Pforte auf serbischem Gebiet noch mit ihren Truppen besetzt; sodann hat es dagegen protestiert, daß die von ihm ausgestellten Legitimationen von den türkischen Behörden nicht respektiert, sondern deren Inhaber, wenn sie türkisches Gebiet betreten, angehalten werden, dieselben gegen türkische Ausweise umtauschen. Der Schriftwechsel in beiden Angelegenheiten war sehr freundschaftlicher Art und die Pforte hat in in letzterer Sache Abhilfe und in ersterer den baldigen Abzug der türkischen Garnisonen zugesagt.

Norddeutscher Reichstag.

6. Sitzung.

Berlin. 13. März. Eröffnung um 11½ Uhr. Am Tische des Bundesrats: Delbrück, v. Philippsborn, König u. A. Abg. v. Molte ist in das Haus eingetreten. Der Abg. Brück (S. Trier'scher Wahlbezirk: Saarbrücken) hat sein Mandat niedergelegt.

Die vom Abg. Wiggers (Berlin) gestellte Interpellation, betr. die Parität aller Konfessionen bei Ausübung der staatsbürglerlichen Rechte, zu beantworten, erklärt sich Präsident Delbrück sofort bereit.

Abg. Wiggers: Die Frage der Parität der Konfessionen ist schon im ersten Reichstage angeregt worden, da es, nachdem die norddeutsche Bundesverfassung zu Stande gekommen war, als eine nothwendige Konsequenz angesehen wurde, die staatsbürglerliche Rechtsgleichheit aller Bundesangehörigen anzuerkennen. Der Reichstag hat denn auch in seiner Sitzung vom 23. Oktober 1867 den Beschuß gefaßt: den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch das alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekennens herrührenden Beschränkungen der staatsbürglerlichen Rechte aufgehoben würden. Durch das später erlassene Freizügigkeits- und Gewerbegeges sind allerdings große Fortschritte in dieser Beziehung herbeigeführt worden, jedoch ist dadurch die Frage noch lange nicht abgeschlossen. Durch das Freizügigkeitsgesetz haben allerdings auch in Mecklenburg die Juden das Recht erhalten, Grundbesitz zu erwerben; aber die mecklenburgische Regierung erließ eine dies Recht einschränkende Verordnung, wonach Juden, welche mit den Rittergütern verbunden sind. Dies ist ein Widerspruch gegen die Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes. Ich richte in Folge dessen schon im ersten Reichstage angeregt worden, da es, nachdem die norddeutsche Bundesverfassung zu Stande gekommen war, als eine nothwendige Konsequenz angesehen wurde, die staatsbürglerliche Rechtsgleichheit aller Bundesangehörigen anzuerkennen. Der Reichstag hat denn auch in seiner Sitzung vom 23. Oktober 1867 den Beschuß gefaßt: den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch das alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekennens herrührenden Beschränkungen der staatsbürglerlichen Rechte aufgehoben würden. Durch das später erlassene Freizügigkeits- und Gewerbegeges sind allerdings große Fortschritte in dieser Beziehung herbeigeführt worden, jedoch ist dadurch die Frage noch lange nicht abgeschlossen. Durch das Freizügigkeitsgesetz haben allerdings auch in Mecklenburg die Juden das Recht erhalten, Grundbesitz zu erwerben; aber die mecklenburgische Regierung erließ eine dies Recht einschränkende Verordnung, wonach Juden, welche mit den Rittergütern verbunden sind. Dies ist ein Widerspruch gegen die Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes. Ich richte in Folge dessen schon im ersten Reichstage angeregt worden, da es, nachdem die norddeutsche Bundesverfassung zu Stande gekommen war, als eine nothwendige Konsequenz angesehen wurde, die staatsbürglerliche Rechtsgleichheit aller Bundesangehörigen anzuerkennen. Der Reichstag hat denn auch in seiner Sitzung vom 23. Oktober 1867 den Beschuß gefaßt: den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch das alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekennens herrührenden Beschränkungen der staatsbürglerlichen Rechte aufgehoben würden. Durch das später erlassene Freizügigkeits- und Gewerbegeges sind allerdings große Fortschritte in dieser Beziehung herbeigeführt worden, jedoch ist dadurch die Frage noch lange nicht abgeschlossen. Durch das Freizügigkeitsgesetz haben allerdings auch in Mecklenburg die Juden das Recht erhalten, Grundbesitz zu erwerben; aber die mecklenburgische Regierung erließ eine dies Recht einschränkende Verordnung, wonach Juden, welche mit den Rittergütern verbunden sind. Dies ist ein Widerspruch gegen die Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes. Ich richte in Folge dessen schon im ersten Reichstage angeregt worden, da es, nachdem die norddeutsche Bundesverfassung zu Stande gekommen war, als eine nothwendige Konsequenz angesehen wurde, die staatsbürglerliche Rechtsgleichheit aller Bundesangehörigen anzuerkennen. Der Reichstag hat denn auch in seiner Sitzung vom 23. Oktober 1867 den Beschuß gefaßt: den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch das alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekennens herrührenden Beschränkungen der staatsbürglerlichen Rechte aufgehoben würden. Durch das später erlassene Freizügigkeits- und Gewerbegeges sind allerdings große Fortschritte in dieser Beziehung herbeigeführt worden, jedoch ist dadurch die Frage noch lange nicht abgeschlossen. Durch das Freizügigkeitsgesetz haben allerdings auch in Mecklenburg die Juden das Recht erhalten, Grundbesitz zu erwerben; aber die mecklenburgische Regierung erließ eine dies Recht einschränkende Verordnung, wonach Juden, welche mit den Rittergütern verbunden sind. Dies ist ein Widerspruch gegen die Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes. Ich richte in Folge dessen schon im ersten Reichstage angeregt worden, da es, nachdem die norddeutsche Bundesverfassung zu Stande gekommen war, als eine nothwendige Konsequenz angesehen wurde, die staatsbürglerliche Rechtsgleichheit aller Bundesangehörigen anzuerkennen. Der Reichstag hat denn auch in seiner Sitzung vom 23. Oktober 1867 den Beschuß gefaßt: den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch das alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekennens herrührenden Beschränkungen der staatsbürglerlichen Rechte aufgehoben würden. Durch das später erlassene Freizügigkeits- und Gewerbegeges sind allerdings große Fortschritte in dieser Beziehung herbeigeführt worden, jedoch ist dadurch die Frage noch lange nicht abgeschlossen. Durch das Freizügigkeitsgesetz haben allerdings auch in Mecklenburg die Juden das Recht erhalten, Grundbesitz zu erwerben; aber die mecklenburgische Regierung erließ eine dies Recht einschränkende Verordnung, wonach Juden, welche mit den Rittergütern verbunden sind. Dies ist ein Widerspruch gegen die Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes. Ich richte in Folge dessen schon im ersten Reichstage angeregt worden, da es, nachdem die norddeutsche Bundesverfassung zu Stande gekommen war, als eine nothwendige Konsequenz angesehen wurde, die staatsbürglerliche Rechtsgleichheit aller Bundesangehörigen anzuerkennen. Der Reichstag hat denn auch in seiner Sitzung vom 23. Oktober 1867 den Beschuß gefaßt: den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch das alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekennens herrührenden Beschränkungen der staatsbürglerlichen Rechte aufgehoben würden. Durch das später erlassene Freizügigkeits- und Gewerbegeges sind allerdings große Fortschritte in dieser Beziehung herbeigeführt worden, jedoch ist dadurch die Frage noch lange nicht abgeschlossen. Durch das Freizügigkeitsgesetz haben allerdings auch in Mecklenburg die Juden das Recht erhalten, Grundbesitz zu erwerben; aber die mecklenburgische Regierung erließ eine dies Recht einschränkende Verordnung, wonach Juden, welche mit den Rittergütern verbunden sind. Dies ist ein Widerspruch gegen die Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes. Ich richte in Folge dessen schon im ersten Reichstage angeregt worden, da es, nachdem die norddeutsche Bundesverfassung zu Stande gekommen war, als eine nothwendige Konsequenz angesehen wurde, die staatsbürglerliche Rechtsgleichheit aller Bundesangehörigen anzuerkennen. Der Reichstag hat denn auch in seiner Sitzung vom 23. Oktober 1867 den Beschuß gefaßt: den Bundeskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch das alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekennens herrührenden Beschränkungen der staatsbürglerlichen Rechte aufgehoben würden. Durch das später erlassene Freizügigkeits- und Gewerbegeges sind allerdings große Fortschritte in dieser Beziehung herbeigeführt worden, jedoch ist dadurch die Frage noch lange nicht abgeschlossen. Durch das Freizügigkeitsgesetz haben allerdings auch in Mecklenburg die Juden das Recht erhalten, Grundbesitz zu erwerben; aber die mecklenburgische Regierung erließ eine dies Recht einschränkende Verordnung, wonach Juden, welche mit den Rittergütern verbunden sind. Dies ist ein Widerspruch gegen die Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes. Ich richte in Folge dessen schon im ersten Reichstage angeregt worden, da es, nachdem die nord

Berechnet man hierfür mindestens 10 Prozent, so wächst die Summe auf über 40,000 Thlr. Diese Zahl repräsentiert aber nur eine Hälfte des Verlustes, die andere wird von Schweden getragen, so daß die Gesammtsumme sich auf über 80,000 Thlr. beläuft. Dies ist bei der Ausdehnung dieser Fährt und der geringen Benutzung derselben ein ganz unverhältnismäßiger Aufwand. Vertieft man die Einschämne, die auf unsern Anteil 11,000 Thlr. betragen, auf die apprimitative Gesammtzahl der Fahrten, so kommt auf jede einzelne derselben ein verschwindend kleiner Betrag. Jede Dampfschiffverbindung muß eine kommerzielle Unterlage haben. Dampfschiffe können ihr aber nicht erzeugen, wo die natürliche Bedingung fehlt. — Wenn nun bei der ersten Beratung Werth darauf gelegt ist, eine direkte Postverbindung mit Schweden zu bestehen, so existiert eine tägliche Verbindung zwischen Lübeck und Malmö bereits von Jahren, und sie prosperirt, weil sie auf natürlichen Verhältnissen beruht. Schließlich bemerkte ich, daß bei dieser ganzen Frage doch Schweden in erster Linie beteiligt ist. Für uns bedeutet eine solche Linie nur eine Verbindung mit diesem Lande, für Schweden ist sie die Verbindung fast mit der ganzen Welt. Wenn nun gerade Schweden es ist, welches den dringenden Wunsch wiederholt ausgesprochen hat, diese Route einzustellen zu sehen, so liegt darin ein Beweis mehr, daß wir es mit einer ausichtslosen Unternehmung zu thun haben. Ich wünschte auch nicht, welche Mittel die Postverwaltung in Händen hat, Schweden zur Aufrechterhaltung einer Verbindung zu nötigen, welche für seine Interessen von geringem Werthe ist. Wollen Sie, wie in diesem Antrage geschehen ist, der Postverwaltung die Wege anzeigen, auf denen sie die Postbeförderung zu bejagen hat, so treten Sie mit den ersten Grundsätzen des Postverkehrs in Widerspruch und greifen in ein Gebiet hinein, welches in diesem Augenblick vollständig zu übersehen wenigstens hier im Hause unmöglich ist.

Abg. Meier (Bremen) bittet den Antrag abzulehnen, da die geforderten Opfer ganz unverhältnismäßig seien. Er halte die Postverwaltung überhaupt für ungeignet, Dampfschiffahrts-Verkehr zu unterhalten. Eine Nothwendigkeit für die in Rede stehende Linie liege nicht vor, da bereits 3 andere vorhanden: die tägliche Verbindung von Lübeck aus, die Linie über Korsor und die über Fredericia. Von diesen sei namentlich die zweite wegen ihres kürzeren Wasserweges derjenigen von Stralsund nach Malmö respektive Stadt als sicherer und weniger Unterbrechungen ausgesetzt bei Weitem vorzuziehen. Eine Subvention aus der Staatskasse dürfe man für solche Zwecke überhaupt nie bewilligen; sollte man eine Verbindung hergestellt sehen, so möge man mit einer Privatgesellschaft abschließen und dieser vielleicht den Gesamtbetrag des Portos überweisen. Er bitte das Haus, in allen ähnlichen Fällen nach diesem Prinzip zu verfahren, insbesondere aber den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Abg. Dr. Becker (Dortmund): Die Ausführungen des Vorredners wären durchaus richtig, wenn man die Frage allein von dem Standpunkt eines Kaufmanns aus beurtheilen könnte. Dies ist aber nicht möglich, denn es handelt sich hier nicht um einen gewöhnlichen Kaufmann, sondern um einen privilegierten, der gerade durch sein Monopol verpflichtet ist, auch solche Linien zu befahren, die weniger einträglich sind. Soft man den Geldpunkt ins Auge, so muß man zugeben, daß die Aufrechterhaltung der Linie bisher sehr theuer gewesen, dadurch wird aber weiter nichts bewiesen, als die Nothwendigkeit, die Postverwaltung darauf hinzuweisen, daß sie ihren Scharfins anstrengt, um die Sache billiger herzustellen. Daß dies möglich, beweist die Thatfrage, daß Privatgesellschaften im Stande sind, das Unternehmen mit geringerer Subvention ins Werk zu setzen, und auf diesen Weg wollen wir die Postverwaltung verweisen. Ob man dieser Privatgesellschaft ein Pauschquantum bewilligt oder ihr nach der Absicht des Vorredners das Porto überläßt, ist dabei vollkommen gleichgültig, in jedem Falle handelt es sich um eine Staatssubvention. Unser Antrag hat nur den Zweck, an die Verwaltung die Aufforderung zu richten, nicht deshalb, weil sie selbst auf dieser Linie schlecht gewirtschaftet, nun auch den Abschluß von Verträgen mit günstigeren Bedingungen von der Hand zu weisen; in diesem Sinne empfiehle ich Ihnen die Annahme der Resolution.

Abg. v. Wedemeyer will die Sache weder vom Standpunkte eines Kaufmanns noch eines Kaufmanns beurtheilen, hält es aber unter allen Umständen für richtig, eine Linie eingehen zu lassen, die mehr kostet als einbringt.

Abg. Zweesten gleichfalls gegen den Antrag, aber nicht aus den vom Vorredner angeführten Gründen, sondern weil das Haus durch Annahme der Resolution sich für die künftige Bewilligung von Summen engagiren würde, deren Höhe sich jetzt noch nicht übersehen lasse. Er bittet deshalb die Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen, damit das Haus durch eine Abstimmung nicht ein Präjudiz schaffe, sondern sich für die künftige Sefion freie Hand vorbehalte.

Die Antragsteller ziehen hierauf die Resolution zurück.

Es folgt die zweite Beratung über die Konsular-Konvention mit Italien. Zu Art. 3, der die Rechte der Berufskonsuln und namentlich ihre persönliche Immunität außer für Verbrechen feststellt, fragt Abg. Zweesten, ob man das Wort „Verbrechen“ hier in dem allgemeinen oder in dem engeren juristisch-technischen Sinne zu verstehen habe. Bundeskommissär König erklärt, daß das letztere der Fall sei.

Abg. Kannegiesser wünscht unter Bezugnahme auf englische und französische Konventionen, daß den Wahlkonsuln gleiche Rechte mit den Berufskonsuln eingeräumt würden, sofern die ersten der Nationalität angehören, die sie vertreten.

Bundeskommisär König: Für den Norddeutschen Bund wäre eine derartige Bestimmung zwecklos und theilweise nicht unbedenklich.

Abg. Kannegiesser will den angestrebten Wunsch mit Rücksicht auf künftige Konventionen ausgesprochen haben; diese würden dann auch auf das gegenwärtige Abkommen rückwirkenden Einfluß üben.

Die Konvention wird hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt die erste und zweite Lesung des Postvertrages mit den rumänischen Fürstentümern, dessen Abschluß auf der mit Österreich im Jahre 1867 getroffenen Vereinbarung, daß geschlossene norddeutsch-rumänische Briefpäckchen durch den Kaiserstaat durchgeführt werden, und auf der Etablierung selbstständiger Postanstalten in den Fürstentümern beruht, während bisher ihr Verkehr mit fremden Staaten durch österreichische und russische Postanstalten vermittelt wurde. Eine Diskussion findet nicht statt.

Es folgt die erste Beratung des Wahlgesetzes für den Norddeutschen Bund.

Von den Abg. v. Luck und Genossen liegen Amendments vor, die sich auf Artikel 3 und 4 des Gesetzes (Definition der Beschränktheit, die vom Wahlrecht ausgeschlossen soll) beziehen. — Präsident Simson und Abg. Lasker sind der Ansicht, daß nach den neuen Geschäftsvorschriften vor und während der ersten Lesung Amendments nicht gestellt und also auch nicht debattiert werden dürfen, während Abg. Waldeck die Gegenansicht vertreibt. — Man beschließt, für den vorliegenden Fall die Amendments bis zur zweiten Lesung zurückzulegen, die Frage aber der Geschäftsvorschriften zur Begutachtung zu überweisen.

Präsident Delbrück: Die verbündeten Regierungen haben durch dieses Gesetz in Ausführung bringen wollen die Bestimmungen des Artikels 20 der Bundesverfassung. Sie haben sich bei der jetzigen Lage der Sache darauf beschränkt zu müssen, daß bestehende Recht zum Ausdruck zu bringen in einem gemeinschaftlichen Gesetz. Sie haben sich deshalb von materiellen Abänderungen des in Bezug auf das Wahlrecht bestehenden Standes fern gehalten mit einer einzigen Ausnahme im Artikel 2, welche Bezug hat auf das aktive Wahlrecht des Militärs. Eine nähere Erörterung der Gründe, aus welchen die materielle Abänderung Ihnen vorgeschlagen wird, wird bis zur Spezialdiskussion vorbehalten bleiben. Das Gesetz enthält im Unterschied zu der Mehrzahl der Wahlgesetze der einzelnen Bundesstaaten eine Reihe von allerdings ganz wesentlichen Bestimmungen nicht, deshalb, weil dieselben Theile der Verfassung geworden sind. Das Gesetz enthält sodann auch in Bezug auf das Formelle des Verfahrens einen neuen Vorschlag dahin, daß eine permanente Wählerliste gemacht wird, um bei etwa nötig werdenden Nachwahlen das Verfahren zu sichern und zu vereinfachen und um für die Richtigkeit der Wählerlisten eine größere Garantie zu gewinnen, als sie bei dem jetzigen Verfahren besteht.

(Graf Bismarck tritt ein.)

Abg. Zweesten: Ich vermitte einen sehr wesentlichen Theil des Wahlgesetzes, die Bestellung der Wahlkreise. Schon in der vorigen Session sind Beschwerden darüber laut geworden, daß einzelne Bundesregierungen, wie Mecklenburg, in dieser Beziehung ganz willkürlich verfahren sind, indem dort nicht örtlich zusammenhängende Wahlkreise gebildet, sondern ein Unterschied zwischen Domänen- und städtischen Wahlkreisen gemacht wurde. Es ist nothwendig, so wesentliche Grundsätze nicht dem jeweiligen Belieben einzelner Regierungen zu überlassen. Ich möchte mir von den Vertretern

des Bundesrates Einsicht erbitten, ob eine gesetzliche Feststellung in dieser Session noch möglich sein wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so müßte wenigstens die bestimmte Zusicherung gegeben werden, daß ein solches Gesetz in Aussicht genommen wird; und bis zum Erlaß derselben müßte eine Vorschrift getroffen werden, wie es bis dahin damit gehalten werden soll. Der § 7 des Gesetzes bestimmt nur, daß die Wahlkreise örtlich abgegrenzt werden sollen, nicht aber, wer diese Eintheilung bestimmt, ob der Bundesrat, ob die einzelnen Bundesregierungen, oder ob untergeordnete Behörden dieser Regierungen. Ich würde es für nothwendig halten, daß, wenn ein solches Gesetz jetzt nicht zu Stande kommt, die Feststellung der Wahlkreise bis dahin dem Bundesrat überlassen wird, und ich behalte mir die Stellung eines bezüglichen Amendments vor.

Präsident Delbrück: Mit Rücksicht auf die fundamentale Bestimmung der Verfassung, welche in diese Gesetzesvorlage lediglich übertragen worden ist, wonach die Zahl der Abgeordneten nach der Einwohnerzahl regulirt werden soll, glaube ich, daß es nicht wohl thunlich ist, die Feststellung der Wahlkreise durch Gesetz vorzunehmen. Dies ist sehr wohl möglich, wo die Anzahl der Abgeordneten von vornherein auf die Dauer in einer bestimmten Zahl feststellt. Dies ist aber nicht der Fall. Nach der Verfassung, deren Bestimmung auf den § 6 dieses Gesetzes übertragen ist, wird die Anzahl der Abgeordneten bestimmt durch die Zahl der Bevölkerung, wie sie aus der letzten Volkszählung hervorgeht. Im Norddeutschen Bunde findet nun alle 3 Jahre eine solche Volkszählung statt; die Zahl der Reichstagabgeordneten mußte also alle 3 Jahre geändert werden, es wäre dann also alle 3 Jahre ein neues Gesetz nothwendig. Aus dieser Bestimmung der Verfassung geht selbst hervor, daß es in der Absicht der Gesetzgeber nicht gelegen hat, die Wahlkreise durch Gesetz festzustellen. Die Frage des Abg. Zweesten, ob in dieser Session die Vorlage eines Gesetzes über die Abgrenzung der Wahlkreise zu erwarten ist, kann ich deshalb nur verneinen. Der Wiederholung des Verfahrens in Mecklenburg ist vorgebeugt durch den § 7, welcher bestimmt, daß die Wahlkreise örtlich abgegrenzt werden müssen. Was die Frage anbetrifft, wer die Abgrenzung vorzunehmen hat, so geht der Entwurf davon aus, daß dies den einzelnen Bundesregierungen zu überlassen ist. Im Bundesrat selbst herrschen hierüber verschiedene Ansichten; es wurden manche Gründe geltend gemacht, weshalb dies dem Bundesrat übertragen werden sollte; für die Bemerkung war aber das Motiv entscheidend, daß der Bundesrat kaum in der Lage sein würde, ein selbstständiges Urtheil über die Vorschläge der Einzelregierungen zu fällen; fakthlich würde er doch meist „Ja“ dazu sagen.

(Schluß folgt.)

Parlamentarische Nachrichten.

— Der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beschaffungnahme des Arbeits- oder Dienstlohnnes, welcher in der Sonnabendszusage einer Kommission überwiesen wurde, hat folgende wesentliche Bestimmungen:

(§ 1.) Der Arbeits- oder Dienstlohn der Fabrik-, Berg- und Hüttenarbeiter, der Gesellen und Gesellenbegleitern, sowie der Dienstboten, ohne Unterschied, ob derselbe bereits verdient ist oder nicht, unterliegt der Beschaffungnahme zum Zwecke des Sicherstellungs- oder Befriedigung eines Gläubigers nur insofern, als der Lohn nicht zum nothdürftigen Unterhalte des Schuldners selbst und der von diesem nach gesetzlicher Vorschrift zu alimentierenden Familienmitgliedern erforderlich ist. — (§ 2.) Diese Bestimmungen können mit rechtlicher Wirkung durch Vertrag nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden. — (§ 3.) bestimmt, daß als Lohn nicht nur Geld anzusehen sei. — (§ 4.) Der zur Befreiung des Unterhaltes erforderliche Vertrag wird von dem zuständigen Gerichte vor der Beschaffungnahme mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse und die bürgerliche Stellung des Schuldners nach billigem Ermessens festgesetzt. Wenn die bei der Bestellung zu berücksichtigenden Umstände sich erheblich ändern, so kann auf Antrag des Gläubigers oder des Schuldners eine anderweitige Bestellung erfolgen. — (§ 5.) Für die Beschaffungnahme sind ausdrücklich die Gerichte zuständig. — (§ 6.) Insofern der Lohn noch nicht verdient ist, findet die Beschaffungnahme nur dann statt, wenn zur Zeit der letzteren ein Vertragsverhältnis über die von dem Schuldner zu leistenden Arbeiten oder Dienste bereits besteht. Die Beschaffungnahme, welche nach einer Belehrung nicht enthält, ist für die ganze Zeit wirksam, während welcher das Arbeits- oder Dienstverhältnis tatsächlich fortduert. — (§ 7.) Die Bestimmungen der §§ 1 bis 6 finden auch auf die Vergütung (Lohn, Gehalt, Honorar u. s. w.) Anwendung, welche andere als die im § 1 bezeichneten Personen für ihre vertragsmäßigen Arbeiten oder Dienstleistungen beziehen, sofern diese Personen in einem dauernden Verhältnisse stehen, welches ihre Erwerbsfähigkeit vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt. — (§ 8.) Die Gültigkeit der Beschaffungnahme des Gehalts und der Dienstbezüge öffentlicher Beamten wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. März. Nach einer Bekanntmachung des Bundeskanzleramtes im „Staatsanzeiger“ ist dem Progymnasium in Rogasen und dem Pädagogium des Dr. Behaim-Schwarzbach zu Ostrowo bei Filehne die Berechtigung zur Austrstellung gültiger Zeugnisse zum einjährig freiwilligen Militärdienst erteilt worden, der seitgenannten Anstalt indess mit der Beschränkung, daß dergleichen Qualifikationszeugnisse nur auf Grund einer im Beisein eines Regierungs-Kommissarius abgehaltenen, wohlbestandenen Entlassungsprüfung, für welche das Reglement von der Aufsichtsbehörde genehmigt ist, ausgestellt werden dürfen.

— Zu Ehrenmitgliedern des Nationaldauhs für Betreuer sind vom Kronprinzen im Namen des Königs, als Protectors des Vereins ernannt werden: der Rentier und Lotterie-Einnnehmer Brunner in Gnesen, der L. Domänenpächter Funk in Polkslaw, Kreis Gnesen, der Justizrat Hantelmann in Nowogrod, der L. Domänenpächter Mellin in Murznowo, Kreis Nowogrod, der Pfarrer Reinhard in Rajewo-Raczkowerdorf, Kreis Nowogrod, so wie die in demselben Kreise angelegten Rittergutsbesitzer Nehring auf Krusza, Cords auf Modliborzyce, Kauz auf Koblenica und Kunzel auf Marlow.

— Für die hiesigen Landwehrvereine befindet sich bekanntlich eine Schägenabteilung, welche am 20. September v. J. im Schützengarten ein Schießen veranstaltet hatte, bei welchem der beste Schuß für Se. Maj. den König gehan wurde. Die Prämie, bestehend in einem wertvollen silbernen Kreuze, welches auf der einen Seite einen preußischen Adler, auf der andern die Inschrift: „Dem besten Schützen des Posener Landwehrvereins 1868“ zeigt, wurde in einem Immatrikelglocke durch Vermittelung des Herrn Oberpräsidenten v. Horn Sr. Maj. als Geschenk angeboten. In einem huldvollen Schreiben hat der König dieses Geschenk angenommen und gleichzeitig dem Verein eine schöne staatliche Fahne versprochen. Dieselbe ist von dem L. Hof-, Wappen- und Glassmaler v. Glinski, dem berühmten Erfüller der Badenmalerei, gemalt worden, und wird nach einer aus Berlin uns zugegangenen Privatmittheilung noch im Laufe dieser Woche in Posen eintreffen, so daß sie demnach bereits am königlichen Geburtstage wird entfaltet werden können. Der Landwehrverein wird den Geburtstag des Königs am 22. d. M. im Lamberti Saale feiern.

— Das Stabat mater von Rossini wird nächsten Mittwoch im großen Bazaarale von einer zahlreichen Dilettantengesellschaft unter Begleitung eines vom Herrn Domorganisten Dembinski geleiteten, vortrefflichen Orchesters ausgeführt werden. Wir machen auf diesen Genuss um so lieber aufmerksam, als der Ertrag für die Elisabethstiftung und für fränkische Arme der Kommune bestimmt ist.

— **Bom Theater.** Wie wir vernehmen, wird Mozarts Meisterwerk „Don Juan“, mit neuer Befezung der Hauptrollen zur Aufführung gelangen, und dürfen wir hoffen, daß durch dieselbe die Scharte ausgeweitet werden wird, welche durch mißglückte Befezung einiger Rollen zu Anfang des Saions entstanden war. Die Reprise findet nächstes Mittwoch zum Benefit für Herrn Winterberg statt, welcher als Ottavio hier mit Glück debutirt hat

— **Diebstahl.** Wir teilten vor einiger Zeit mit, daß bei Transaktionen von Bureau der Königl. Regierung hier eine sehr bedeutende Anzahl von Formularen verschwunden und an verschiedene hiesige Kaufleute als Material verkauft worden seien. Dem Vernehmen nach beträgt der Werth der abhanden gekommenen Formulare etwa 230 Thlr.

— In Bromberg weilt gegenwärtig der bekannte polnische Agitator Graf Wladislaus Plater aus Broelberg bei Zürich.

— **Wegen Verlasseens des Staats ohne Erlaubniß**, um sich dem Militärdienste zu entziehen, ist von dem Kreisgericht in Nowowradz gegen 597, und von dem Kreisgericht in Schönlanke gegen 273 Militärliebige die Untersuchung auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuchs eröffnet worden.

x **Aus der Provinz, 13. März.** [Eisenbahangelegenheit.] Neben die bereits vielfach besprochene Eisenbahangelegenheit kann ich Ihnen aus sicherer Quelle Folgendes mittheilen: Der erste Antrag auf Errtheilung der Konzession zur Vornahme der Vorarbeiten für eine Bahn von Dels mit dem Endpunkt Gnesen war von dem Herrn Handelsminister nach der in den Händen des Standesherrn Grafen v. Malzan auf Militärisch befindlichen Korrespondenz zurückgewiesen worden, weil einer solchen Bahn militärische Bedenken entgegenstehen sollen. Der Grund dieser Abweisung soll die Einmündung in Gnesen gewesen sein und der Herr Kriegsminister erklärt haben, jeder Eisenbahn in der Provinz Posen widersprechen zu müssen, welche nicht in die Festung einmündet. So wenigstens behaupten die von den Eisenbahn-Komitees an den Herrn Grafen Malzan entsendeten Deputationen. Ende August v. J. haben nun die Herren Grafen Malzan und Stolberg, sowie der Fürst v. Thurn und Taxis in einer selbst unterschriebenen Eingabe beantragt: die Konzession für die Vorarbeiten einer Bahn von Dels über Militärisch, Krotoschin, entweder mit einem sturmfreien Fort bei Neustadt resp. dem sonstigen Übergangspunkte über die Warthe oder in einer sonst zu bestimmenden Richtung diesesseits der Warthe mit dem Endpunkt Posen zu ertheilen. Nach dem vorläufigen oberflächlichen Anschlage dürfen sich die Baukosten auf etwa 6 Millionen belaufen, vorausgesetzt, daß die Kreise das Terrain unentgeltlich hergeben. Durch die Forderung des Herrn Kriegsministers würde der Bau um etwa 800,000 Thlr. nach der Mittelheilung eines hohen Beamten theurer zu stehen kommen. Für den Fall der Ausführung dieses Projekts würde auch allem Anschein nach die Gesellschaft der „Rechten Oderwer-Bahn“ auch den Bau unserer Linie übernehmen, falls zwei Millionen gezeichnet würden. Herr Graf Malzan hat auch bereits Ende Januar d. J. den königl. Baumeister Friebe in Berlin für die Vorarbeiten der Bahn Dels, Krotoschin, Posen engagirt. Die Arbeiten sollten am 1. März begonnen werden und in etwa 4 Monaten vollendet sein. Der mit Herrn Friebe geschlossene Contrakt hat von einzelnen Eisenbahn-Komitees Besprechungen erfahren. Daraus ist unter Anderem hervorzuhaben, daß auch Wreschen genannt ist, während Wreschen bezüglich Gnesen nach einem Ministerial-Erlaß abgelehnt ist. Man scheint also die Linie Wreschen resp. Gnesen doch noch nicht ganz aufzugeben zu haben. Herr Friebe soll auch die Vorarbeiten für Neustadt a. W. vornehmen, während durch den Ministerial-Erlaß die Konzession hierfür einem andern Komitee zugewiesen sein soll. Im Allgemeinen ist man für die Linie Posen, Kurnil, Santomysl, Kempa, Xions, Góra, Koźmin u. s. w. Diese Linie soll gegen 1½ Meile kürzer als die über Neustadt a. W. sein. Auch ist das Warthe-Thal bei Kempa schmäler als bei Neustadt a. W. und die Überbrückung leichter. Nach Versicherungen sollen dadurch mindestens eine Million Thaler zu ersparen sein. Die Verwaltungsorgane entfalten dieserthalb in anerkennenswerther Weise überall ihre Tätigkeit und es steht daher die Realisirung unseres Wunsches, die projektierte Eisenbahn bald zu erhalten, nicht in zu weiter Ferne. Anzuerkennen sind namentlich auch die Bestrebungen des Herrn Grafen Malzan.

Neustadt b. P., 14. März. [Betrieb, Schlägerei.] Am letzten hiesigen Jahrmarkt verkaufte ein Bauer ein Schwein und wie dies unter Landleuten üblich, legerten sich Verkäufer und Käufer in eine Schänke um dem geschlossenen Geschäft durch den sogenannten Bierlauf die Gültigkeit zu geben, und banden inzwischen das Schwein an einen Wagen. Kaum hatten sich erstere entfernt, als ein Gauner, der in der Nähe dem Geschäft beigewohnt hatte, das Schwein von der Bande löste und sich mit demselben auf eine andere Stelle des Marktes aufstellte, um es zu verkaufen. Schon stand er mit einem Kaufstück im Handel, als jene beiden Landleute zurückkehrten und das nunmehr vermischte Schwein, bei dem Pseudo-Bierläufer entdeckten. Letzterer wurde sofort festgenommen, und man erkannte in ihm einen schon mehrfach bestrafte Einlieger aus Chrupiewo.

— Bei einer in voriger Woche hier vorgenommenen Schlägerei nahmen die Egzedenten zu Wessien ihre Zuflucht, und einer von ihnen wurde so stark verwundet, daß er in Hospital gebracht werden mußte.

— **Neutomysl, 13. März.** [Telegraphenstörung; schlechte Wege; Typhus.] Die telegraphische Verbindung der hiesigen Telegraphenstation war von heute Morgen bis gegen Abend in Folge einer Störung in der Leitung unterbrochen und mußten die angenommenen Depeschen per Post befördert werden. Es war nämlich durch die Last des in der vergangenen Nacht daraufgefallenen Schnees ein starker Kiesernast abgebrochen und auf den Leitungsdrähten liegen geblieben. Auf diese Weise war eine Verschlüpfung der Drähte herbeigeführt worden. Nach Beſtigung des Hindernisses konnte die Leitung um 5 Uhr Nachmittags dem Verkehr wieder betriebsfähig übergeben werden. — Durch das andauernd schlechte Wetter sind unsere Landstraßen so grundlos geworden, daß es kaum noch möglich ist, dieselben ohne Lebensgefahr zu passiren. Selbst die unchausierten Wegen kursirenden Posten treffen fast ohne Ausnahme bedeckt ver

Aus dem Gerichtsaal.

Zu Posen, 15. März. Vor gestern wurde die Verhandlung gegen die Wieczorek und Genossen beendigt und sind wir nunmehr in der Lage, über die Sache zu berichten. Das Leben der Stanislaus Wieczorek wurde von den diesseitigen Behörden vom Jahre 1864 ab näher verfolgt. In diesem Jahre hielt sich die Angeklagte mit ihrem Ehemann, dem Gärtner Matthias Wieczorek, in Gnesen auf, wo sie wegen Unterschlüpfung verurtheilt, die gegen sie erkannte Gefängnisstrafe und einer neuen, bereits wegen Diebstahls erprobten Anklage sich durch die Flucht entzog und trotz ihrer steckbrieflichen Verfolgung nicht zu erreichen war. Sie hatte sich mit ihrem Ehemann nach Polen begeben, wo beide im Juli 1865 in der Stadt Pfeissen wegen zahlreicher Diebstähle verhaftet und im Besitz einer Menge gestohlenen Sachen betroffen wurden. Auf dem Transport nach Kalisch entsprangen beide und lehrten nach Preußen zurück. Schon am 10. Juli 1865 wurde die Angeklagte in Mogilno wegen neuer Diebstähle verhaftet. In der Nacht zum 12. Juli 1865 ist sie jedoch aus dem dortigen Polizeigefängnisse, in welchem sie Tag zuvor ein Kind geboren hatte, mit dessen Zurückflucht entsprungen und trotz erneuter steckbrieflicher Verfolgung nicht zu ergreifen gewesen. In Folge neuer, Anfangs 1867 in Inowraclau begangenen Diebstähle von Neum verfolgt, wurde sie endlich in Posen, wo sie sich unter falschem Namen aufhielt, verhaftet und demnächst durch Erkenntnis des Königl. Kreisgerichts Inowraclau wegen Diebstahls zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurtheilt, welche sie bei demselben verbüßte. Am 4. Juli 1867 entwich sie wiederum aus der Haft und kam am 8. Juli nach Posen, wo trotz aller Anstrengungen der Polizeibehörde erst am 11. August 1868 ihre Wiederverhaftung gelang, nachdem das Publikum durch die Presse wiederholt auf sie aufmerksam gemacht und vor ihr gewarnt worden war. Hier in Posen trat sie in Verbindung mit den Metzgergefangenen, den Federowicz'chen und den Fennig'schen Cheleuten und begab sich zu den ersten in Kost und Wohnung. Nachdem sie nun die mannigfachsten Diebstähle hierselbst verübt hatte, von denen wir nur die bedeutendsten hervorheben werden, wurde sie am 11. August 1868 von einem Herrn nach der ungefähren Beschreibung aus der Presse auf der Straße erkannt und bis in die Wohnung der Fennig'schen Cheleute verfolgt, wo sie auch arretiert wurde. Es wurden nunmehr sowohl bei den Fennig'schen Cheleuten als bei der Federowicz'chen Haussuchungen abgehalten, bei denen sich nach der Aussage des Herrn Polizeiinspektors Cietek ein förmliches Waarenlager im ungefährten Werthe von 1000 Thlr. vorfand. Durch die genauen Nachforschungen des eben genannten Herrn wurden die Erlebnisse und Thaten der Wieczorek ermittelt. Diejenigen Fälle, welche sich ganz besonders durch ihre Freiheit auszeichneten und nunmehr Gegenstand der Anklage geworden, sind folgende:

1) Am 20. Juli 1868, Nachmittags gegen 2 Uhr, kam die 4 Jahr alte Emma Kappler weinend nach Hause, klagte ihrer Mutter, daß sie soeben von einem "Mädchen", wie sie sich ausdrückte, in den Flur eines in der Breslauer Straße belegenen Hauses gelockt, daß ihr dort von dieser Person ihr Kattunkleidchen ausgezogen und, als sie sich dagegen sträubte, sie von ihr geschlagen und gestoßen worden sei. Mit dem Kleidchen sei diese Person dann fortgelaufen.

2) Am 21. Juli 1868 wurde dem Fräulein Genovefa v. Gorenka aus einem Schrank, welcher in dem in der dritten Etage eines Hauses der Großen Ritterstraße befindlichen Hausschlaf stand und verschlossen gewesen sein sollte, 1 geschlossener Korb, 1 Baquet, 1 Damenpaletot, 1 Atlasmantel, im Gesamtwerte von 25 Thlr., von der Angeklagten gestohlen.

3) Am 22. Juli Nachmittags kam die 4 Jahr alte Fanny Neumark weinend zu ihrer Mutter und erzählte ihr, daß eine Person ihr auf der Nassen Gasse Obst gekauft, sie in ein Haus dageblieben gelockt und ihr 1 Paar Strümpe, 1 rotes Blauströckchen, 1 weißes Shirtingröckchen, 1 Kamm und 1 Ohring unter dem Vorgeben weggenommen habe, daß sie die Sachen reiñgen und wiederbringen würde.

4) Am 1. August wurde dem Herrn Dr. Joseph Samter aus dessen unveröffentlichter Wohnung 1 Geige nebst Bogen im Werthe von 100 Thlr. gestohlen, dieselbe wurde bei den Federowicz'schen Cheleuten in einem Kaninchenstalle vorgefunden.

5) Am 18. Juli des Morgens sind der verwitwete Frau Postmeister Poesch aus unverschlossener Stube nachstehende Gegenstände gestohlen worden: 1 goldene Damenuhr nebst goldenem Ketten, 1 silberne Brosche, 1 Achatsbrosche, 1 Lorgnette von Schildpat, 1 gläsernen Becher, 1 lederne Tasche mit Stahlriegel im Werthe von zusammen 35 Thlr.

6) Am 8. Juli sind des Vormittags zwischen 8 und 9 Uhr dem Fräulein Klara Kuhner aus einer Mühlstraße 3a belegenen unverschlossenen Wohnung 1 lila seidenes Kleid, 1 brauner Überrock, 1 Damentoilette von Polistier mit Perlmutt ausgelegt und 3 Strümpfe im Gesamtwerte von 30 Thalern gestohlen worden.

Solcher Diebstähle werden der Angeklagten außerdem noch 40 zur Last gelegt. Von Strafe zu Strafe zog sie in seltener Freiheit, schonte nicht Klein noch Groß, nicht Reich noch Arm; zu jeder Tageszeit war sie in ihrem Gewerbe thätig.

In der Verhandlung bewahrte sie ihre Geistesgegenwart, belundete ein vorzügliches Gedächtniß und machte einen im Ganzen günstigen Eindruck. Sie räumte mehr als 30 Diebstähle gänzlich ein, während sie den Raub von der Emma Kappler, den erschwerenden Umstand bei dem Diebstahl in der Wohnung des Fräulein v. Gorenka, nämlich, daß der Schrank verschlossen gewesen, den Diebstahl bei der kleinen Fanny Neumark und der Frau Posthalter Poesch gänzlich in Abrede stellte. Die gestohlenen Gegenstände will sie zu den Federowicz'schen und Fennig'schen Cheleuten gebracht haben und behauptet sie, daß die betreffenden Frauen die Chepaare insbesondere die Frau Fennig, sie förmlich zur Begehung dieser Diebstähle engagirt hätten. Dabei wären dieselben so systematisch zu Werke gegangen, daß, als sie einmal 2 Tage nicht gestohlen hatte, sie sie aus ihrer Wohnung herauswurfen und sie bei der Polizei anzeigen wollten. Das Verhör, welches nunmehr mit der Wieczorek und den Damen Federowicz und Fennig abgehalten wurde, giebt häufig Veranlassung zu humoristischer Heiterkeit. So unter andern erzählte uns die Wieczorek, daß sie vor ihrer Arrestirung ein so kostbares Zwirnwinkel gehabt, wie wohl selten eine Dame, sie hätte nämlich, damit man ihr Geld nicht finde, ein Goldstück so dicht mit Zwirn umwickelt, daß auch die scharfen Augen der Polizei nicht entdeckten, aus welchem Stoffe das Zwirnwinkel bestand.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen

am 17. März 1869, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung.

- 1) Betreffend die Verwaltung des v. Naczynskischen Bibliotheksfonds.
- 2) Entlastung der Kämmereikassen-Rechnung pro 1867.
- 3) Wahl eines Mitgliedes in das Kuratorium der Realschule.
- 4) Geschenk des Herrn M. Czarnikau in Berlin, bestehend in einer Victoria von Wittig in Zinkguß für die hiesige Stadt.
- 5) Erwerbung des ehemaligen Artillerie-Grundstücks an der Schulstraße für die Kommune.
- 6) Verpachtung der Kahnüberfahrt zwischen Graben und St. Noch.
- 7) Notaten-Beantwortung über die Marstallfonds-Rechnungen pro 1865 und 1866.
- 8) Betr. die Kosten für Agitationen der Festungsstädt gegen die Rayon-gesetze.
- 9) Betr. die Anlage der Brückenwaage.
- 10) Persönliche Angelegenheiten.
- 11) Betr. den Nachtrag zum Regulativ für die Gasanstalt.
- 12) Finanzplan zur Reorganisation der Elementarschulen.
- 13) Anstellung zweier Industrie-Lehrerinnen.

Bekanntmachung.

Eine seit 10 Jahren bestehende Versicherung bei der Berlinischen Lebensversicherungsgesellschaft zweier verbundener noch lebender Personen im Alter von 39 resp. 34 Jahren über 1000 Thlr. zum Besten der Überlebenden soll

am 6. April d. J.,
Vormittags um 11 Uhr,

auf dem Kreisgericht, Zimmer Nr. 13, vor dem Herrn Kreisrichter Mottl öffentlich an den Weisstbuden gegen sofortigebare Bezahlung verkauft werden, wozu Kauflustige eingeladen werden.

Posen, den 6. März 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Auf eine Entschuldigung der Frau Federowicz, daß sie ein von der Wieczorek geständiglich gestohlenes Umschlagetui bei einem hiesigen Kaufmann gekauft, entgegnete ihr die letztere: "Du hast dies wohl nicht nötig gehabt, da ich ja eine beträchtliche Anzahl von Tüchern gestohlen habe. Ebenso eröffnete uns die Federowicz bei Gelegenheit des Diebstahls eines Strohhuts, welcher bei ihr vorgefunden worden und den sie von der Wieczorek erhalten haben wollte, daß sie denselben deshalb, ohne Verdacht zu schöpfen, angenommen hätte, weil sich die Wieczorek in demselben sogar habe photographiren lassen. Nach dem Verhör wurden die verschiedenen Fälle einzeln verhandelt.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* So eben ist uns die erste Lieferung eines militärischen Werkes, redigirt von G. v. Glasenapp, unter dem Titel: "Die Generale der Preußischen Armee" zugegangen. (Berlin. Expedition der "Militärischen Blätter") Das ganze Werk umfaßt 5 Lieferungen, bis zum 23. März d. J. soll der Schluss erscheinen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin. Daß in Gemäßheit des Bundesgesetzes vom 17. August 1868 das metrisch-dekadische System als Grundlage der Maß- und Gewichts-Ordnung vom 1. Januar 1872 ausschließlich, vom 1. Januar 1870 fakultiv in Wirklichkeit treten soll, so hat, wie der „Königl. Btg.“ von hier geschrieben wird, eine Erörterung über die einheitliche Preisnotierung-Regelung von Getreide, Spiritus u. s. w. an den deutschen Börsen im Hinblick auf die bevorstehende tiefgreifende Änderung der Maß- und Gewichts-Ordnung stattgefunden. Für den Getreidehandel sind die Gutachten sämtlicher größeren Börsenplätze darin einig, daß eine einheitliche Notiz „nach Gewicht“ eingeführt werde, der Preis durch eine und dieselbe Gelsorte (wozu der Silbergroschen vorgeschlagen ist) erfolge und die Gewichts-Berminderung auf das Dezimal-System zu leiten sei. Sie gehen aus einander in Bezug auf die für die Börsen-Notirungen festzustellende „Höhe“ der Einheitsmenge. Von einer Seite ist ein Gewicht von 1000 Kilo oder 1000 Pfund, von der andern ein Gewicht von 100 Kilo oder 100 Pfund vorgeschlagen worden. Einigkeit herrscht auch wesentlich darüber, daß nur ein Einheitsquantum für alle Getreidearten gleichmäßig wünschenswert ist. Betreffs des Spiritushandels gehen die Gutachten noch von prinzipiell verschiedenem Standpunkte aus. Die Einen behaupten, daß die Einheitsmenge auch hier durch ein Gewicht ausgedrückt werde, die Anderen halten die Beibehaltung einer Maßeinheit für unvermeidlich. Am 16. d. M. soll nun durch Abgeordnete der Börsenplätze diese Usancenfrage hier in Berlin zur Verhandlung kommen. Die hiesige Börse wird dabei folgende, in einer General-Versammlung der Korporation angenommenen Vorschläge vertreten. Vom 1. Januar 1870 soll sämtliches Getreide, desgleichen Delfaat im Großhandel nach 1000 Kilo und im Kleinhandel nach 100 Kilo, Mehl nach 100 Kilo gehandelt werden; Rüböl, Leinöl und Petroleum nach 100 Kilo; Spiritus vorläufig nach 100 Litres zu 100 Prozent. Bei dem bisherigen Höhemaße soll es vorerst bleiben.

Königsberg, 13. März. Die Schiffahrt ist für Dampfer als eröffnet zu betrachten, für Segelschiffe indeß noch nicht, da das Eis im Haff zu beiden Seiten der Fahrt noch fest liegt.

** Den Beamten der norddeutschen Telegraphen-Verwaltung wird

fortan für jede übertragene, aufgenommene und weiterbeförderte Depesche 1 Pfennig; für jede angenommene und beförderte, sowie für die angelomme und bestellte Depesche 3 Pfennige als Nebenvergütung gewährt.

Bremen, 14. März. (Tel.) Nach telegraphischen Berichten aus Newyork ist das Auswandererschiff „Kolumbus“, welches am 12. Februar Fayal verlassen hatte, am 12. d. Mts. glücklich in Newyork eingetroffen.

Florenz, 13. März. (Tel.) Das Kabel zwischen Otranto und Balona ist gebrochen und wahrscheinlich wird die Verbindung nicht sogleich wieder hergestellt werden können.

Von der russischen Grenze, 9. März. Die „D. St P Btg.“ bemerkte über den neuen Tarif für den Import nach Russland unter Anderem Folgendes:

Die eingeführte Tarifkommission hat mit Genehmigung des Reichsraths an fast allen Titeln des seit 1859 zu Kraft bestehenden Tarifs Veränderungen festgelegt, deren Zahl sich im Ganzen auf 445 belte. Die meisten derselben haben eine Ermäßigung des Bolles im Auge und beseitigen die Nebenabgaben. So wurde der Boll von Kaffee auf 1½ Rubel vom Pud herabgesetzt, um den Gebrauch dieses Getränkes allgemeiner zu machen. Von den Maschinen sind die Lokomotiven und alle Apparate und Theile aus Messing mit 75 Kop, alles Nebrige, mit Ausnahme der zum Uderbau erforderlichen Instrumente und der Webemaschinen, die ganz frei gegeben sind, mit 30 Kop. Boll am Pud belegt worden. Ebenso ist der Boll von Wein auf Flaschen von 35 Kop. auf 33, auf Sensen und Sicheln von 50 auf 44, auf Gußstahl von 1 Rubel 40 Kop. auf 1 Rubel 35 Kop. und auf Zwirn von 25 Kop. auf 22 herabgesetzt. Steinkohlen sind b. i. der Einführung von Preußen mit einem Boll von ½ Kop pro Pud belegt worden.

Rußland bestellt alle seine Waffen noch in ausländischen Fabriken; die russische Industrie ist noch nicht so vorgeschritten, derartige Kronbestellungen zu übernehmen und den Ansprüchen an Qualität und Quantität zu entsprechen. Nur die alten Gewehre werden in russischen, in der Neugut eingereichten Fabriken, in Hinterlader umgewandelt, während die neuen Gewehre vorgezugsweise von amerikanischen Fabriken geliefert werden. Die Abänderung der alten Gewehre in Hinterlader, sagt die „R. St. P. Btg.“ kostet so viel, daß bei dem zweifelhaften Werthe, den die letzteren immer besteuert werden, es sehr fraglich ist, ob sie der Kosten der Abänderung wert sind.

Bermischtes.

* **Berlin**, 14. März. Eine den hohen Gesellschaftskreisen angehörige Hochstaplerin, die Gräfin Pauline v. Poninska, ist am Freitag hier verhaftet worden. Die Verhaftete ist von bürgerlicher Herkunft und lernte als junges Mädchen den Grafen v. Poninski kennen, den sie derartig zu fesseln wußte, daß er sie zu seiner Gemahlin nahm. Kaum war sie „Gräfin“ geworden, als mit der einfachen Bürgerstochter eine vollständige Umwandlung vorging. Das anspruchlose, bescheidene Wesen, der Sinn für Häuslichkeit und Familienglück, kurz, alle die Eigenschaften, welche den Grafen an ihr erfüllt hatten, verloren sich im Treiben der großen Welt; sie wurde eine Zierde der Salons, aber nicht weniger als eine gute Gattin und Mutter. Ihre exzentrische Lebensweise, sowie eine unbegrenzte Verküpfungswilligkeit führten endlich einen vollständigen Bruch zwischen den Gatten herbei. Die Ehe wurde mit beiderseitiger Übereinstimmung getrennt und die Gräfin erhielt eine Abfindungsumme, die bei beschiedenen Ansprüchen hinreichend gewesen wäre, ihr für Lebenszeit eine komfortable Existenz zu sichern. Weit davon entfernt, sich in ihre frühere Sphäre zurückzuziehen, genüß die noch immer schöne Frau die wiedergewonnene Freiheit in vollen Zügen und als die letzten Mittel erschöpft waren, ward sie zur Hochstaplerin. Noch lange Zeit, nachdem sie vollständig ruinirt war, behauptete sie mit Glück die Rolle der großen Dame. In den feinsten Badeorten war sie nach wie vor die Heldin des Tages; in Florenz verkehrten sich in ihren Salons die Künstler der Kunst und Wissenschaft; bei der Pariser Weltausstellung attirirte sie sich der Gattin eines auswärtigen Gesandten und mißbrauchte deren Vertrauen; in Dresden verkehrte sie mit der höchsten Aristokratie — aber überall verschwand sie rechtzeitig, sobald ihre Stellung unhaltbar geworden war. Ihr Auftritt in Berlin war von weniger Glück begleitet. Sie täuschte hier eine Anzahl der ersten Firmen, die keinen Anstand nahmen, der „Frau Gräfin“ einen ausgedehnten Kredit zu gewähren. Bald jedoch kamen die betreffenden Lieferanten über ihre Verhältnisse ins Klare, schritten zu energischen Maßregeln, und die Hochstaplerin wanderte zum Sicherheitsarrest nach dem Schuldgefängnis. Nach ihrer Entlassung lebte sie ihre Beträgerinnen nichtsdestoweniger fort, indem sie eine große Anzahl von Geschäftsmännern durch falsche Vorstellungen prellte, bis endlich einer der Beschädigten sie wegen Betrugs denuncierte und sie in Folge dessen nunmehr verhaftet und unschädlich gemacht worden ist.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Urtheile der Presse über die Deutsche Roman-Zeitung.

Abonnementsspreis vierteljährlich 1 Thaler.

... Als die Verlagshandlung beim Beginn der „Roman-Zeitung“ den Abnehmern die ersten und neuesten deutschen Roman-Erscheinungen für den üblichen Leihbibliothekspreis von 2½ Sgr. pro Woche verprach, hielten wir dies für kaum ausführbar. Aber es ist Wort gehalten worden, und so zweifeln wir nicht daran, daß mit der Zeit die „Roman-Zeitung“ in keiner gebildeten Familie fehlen wird, zumal der Verleger alle hervorragenden Kräfte für das Unternehmen zu gewinnen sucht.... (Aachener Btg.)

Oberschlesische Stein-kohlen.

Den vielfachen an uns ergehenden Anfragen wegen Kohlen-läufen zu begegnen, machen wir hierdurch bekannt, daß wir dem Kaufmann Herrn E. Sachs in Kattowitz nach wie vor den Verkauf der Kohlen aus den

Gräflich Hugo Henckel von Donnersmarck'schen Steinköhlen-Gruben Eugeniusglück, Carlshoffnung, Hugozwang und Gottesgegen übertragen haben.

Wir ersuchen wegen Ankaufs quaest. Kohlen ausschließlich mit Herrn E. Sachs in Kattowitz zu unterhandeln.

Kattowitz D. S. S.

F. Sachs.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige empfehle mich zu

geneigten Aufträgen unter Zusicherung reeller und pünktlicher Bedienung.

Kattowitz D. S. S.

Ficinus.

Die Gräflich Hugo Henckel von Donnersmarck'sche Güter-Direction.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Pflasterung und der Steinbahn auf der, an der Südseite des Bahnhofs Samter anliegenden Bahnhofstraße, soll in öffentlicher Submission an den Mindestfordernden vergeben werden und ist hierzu Termin auf Sonnabend den 27. d. M., Vormittags 11¹/₂ Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden. Die den Außenhalt nach unbekannten Real-Gläubiger resp. deren Rechtsnachfolger:

- 1) Graf Titus v. Dzialynski,
- 2) Graf Johann Cantius von Dzialynski,
- 3) Gräfin Elisabeth Marie Justine Sophie v. Dzialynski,
- 4) Graf Bernhard v. Potocki,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypotheken-Buche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 17. d. M., Vormittags 11 Uhr, soll auf dem Stallhofe, Magdeburger Straße, ein Kohlen meisteitend ver-

kaufst werden.

Provinzial - Aktien - Bank des Grossherzogthums Posen.

Dem § 33 des Statuts gemäss veröffentlichten wir nachstehenden Geschäftsbericht pro 1868.

Die durchschnittliche Umlaufssumme unserer Noten im verflossenen Jahre belief sich auf
Chlr. 970,670 (1867 Chlr. 832,130)
und die Summe der bei dem Königlichen Bank-Comtoir eingelösten Noten auf
Chlr. 6,959,020 (1867 Chlr. 7,906,920).

Der Gesammt-Umsatz

betrug in Einnahme und Ausgabe
Chlr. 21,595,650 (1867 Chlr. 24,336,360).

Depositen-Geschäft.

| | |
|--|------------------------|
| Es waren ultimo Dezember 1867 belegt und wurden im laufenden Jahre deponirt | 74,600. - 285,800. |
| dagegen zurückgezahlt | 360,400. - 359,800. |
| so dass | 600. |

am 31. Dezember 1868 belegt blieben.

Wechsel-Verkehr.

| | |
|---|-------------------|
| Von Platzwechseln waren ultimo Dezember 1867 vorhanden Stück 1132 im Betrage von und wurden angekauft | 1,096,323. 22. — |
| - 6088 über | 5,764,773. 5. 6. |
| Stück 7220 | 6,861,096. 27. 6. |
| davon eingezogen | |
| - 6162 über | 5,802,660. 20. 6. |
| verblieben | |
| Stück 1058 über | 1,058,436. 7. — |

ultimo Dezember 1868 im Bestande.

| | |
|---|------------------|
| Von Remessenwechseln waren ultimo Dezember 1867 vorhanden Stück 260 im Betrage von und wurden angekauft | 203,489. 15. — |
| - 2485 über | 2,295,559. 22. — |
| Stück 2745 | 2,499,049. 7. — |
| davon eingezogen resp. weiter begeben | |
| - 2464 über | 2,274,684. 8. — |
| verblieben | |
| Stück 281 über | 224,364. 29. — |

ultimo Dezember 1868 im Bestande.

| | |
|---|---------------|
| Von Incasso-Wechseln waren ultimo Dezember 1867 vorhanden Stück 7 im Betrage von | 918. 6. — |
| es wurden im Laufe des Jahres zum Incasso eingeliefert | |
| - 553 über | 60,258. 13. — |
| Stück 560 | 61,176. 19. — |
| davon eingezogen | |
| - 560 mit | 61,176. 19. — |

so dass kein Bestand ultimo Dezember 1868 verblieb.

| | |
|--|--------------|
| Von fremden Wechseln waren ultimo Dezember 1867 vorhanden Stück 6 in Höhe von | 2,340. 29. — |
| und wurden angekauft | |
| - 2 für | 485. 8. 6. |
| Stück 8 | 2,826. 7. 6. |

dieselben sind verkauft

| | |
|---------|--------------|
| - 8 für | 2,828. 19. — |
|---------|--------------|

Es verblieb daher kein Bestand und ein Cours-Gewinn von

| |
|-----------|
| 2. 11. 6. |
|-----------|

Lombard-Verkehr.

| | |
|--|--------------|
| Zu dem Bestande ultimo Dezember 1867 wurden neue Darlehen bewilligt | 543,470. |
| hiervon wieder zurückgezahlt | - 1,298,180. |
| verblieben | 1,841,650. |
| am Jahresschluss ausgeliehen. | 1,325,990. |
| | 515,660. |

Effekten-Geschäft.

| | |
|---|-------------------|
| Zu dem Bestande ult. Dezember 1867 im Werthe von wurden angekauft im Ganzen für | 8,517. 15. — |
| davon abgeliefert resp. wieder verkauft für | - 142,835. 24. 6. |
| verblieben für | 151,353. 9. 6. |
| Der Werth des Bestandes ult. Dezember 1868, nach § 39 des Statuts berechnet, beläuft sich jedoch auf | - 135,228. 14. — |
| so dass | 16,124. 25. 6. |
| als Zinsen und Coursgewinn verblieben. | - 16,944. —. — |
| | 819. 4. 6. |

Gewinn-Berechnung.

| | De | Fr | Br | De | Fr | Br |
|---|--------|----|----|---------|----|----|
| Unvertheilte Dividende aus dem Jahre 1867 | 59 | | | | | |
| Zinsen auf Platzwechsel | 66,917 | 10 | | | | |
| Zinsen auf Remessenwechsel | 19,557 | 9 | | | | |
| Coursgewinn auf fremde Wechsel | 211 | 6 | | | | |
| Lombardzinsen | 24,372 | 23 | 6 | | | |
| Zinsen und Coursgewinn auf Effecten | 819 | 4 | 6 | | | |
| Zinsen von Correspondenten | 624 | 15 | 7 | | | |
| Provisionen abzüglich der verausgabten | 287 | 16 | 10 | | | |
| Eingegangen auf Conto der zweifelhaften Forderungen | 240 | | | | | |
| Hiervom ab: | | | | 112,880 | — | 11 |
| Abschreibung vom Noten-Anfertigungs-Conto | 700 | | | | | |
| Besoldungen, Steuern, Stempel, Bankunkosten, Porti und Reisespesen | 12,672 | 9 | 5 | | | |
| Depositenzinsen | 2,996 | 8 | | | | |
| Zinsen der zurückdiscontirten Wechsel | 10,305 | 7 | 6 | | | |
| Zinsen der im Jahre 1869 fälligen Wechsel | 8,142 | 14 | | | | |
| Tantième laut § 25 des Statuts | 4,800 | | | | | |
| Reservefonds laut § 39 des Statuts | 12,200 | 22 | | | | |
| Dividende pro 1868 | 61,000 | | | | | |
| verbleiben | | | | 112,817 | — | 11 |
| die auf Conto der unvertheilten Dividende übertragen worden sind. | | | | 63 | — | |

Bank prowincjalny akcyjny W. Księstwa Poznańskiego.

Czyniąc zadosyć §. 33. Statutu naszego podajemy niniejszym do publicznej wiadomości następujące sprawozdanie za 1868.

Przecięciowa suma obrotowa naszych biletów wynosiła w roku zeszłym
około tal. 970,670 (1867 tal. 832,130.)
i suma w król. banku nagromadzonych i zmienionych biletów
około tal. 6,959,020 (1867 tal. 7,906,920.)

Obieg ogólny

w dochodzie i rozchodzie wynosił
około tal. 21,595,650 (1867 tal. 24,336,360.)

Interes depozytowy.

| | |
|--|-----------------------------|
| Do ostatniego Grudnia 1867 deponowano w roku bieżącym | tal. 74,600. = 285,800. |
| natomiast wypłacono | tal. 360,400. = 359,800. |
| tak iż | tal. 600. |
| w dniu 31. Grudnia 1868. pokrytych pozostało. | |

Obrót wekslowy.

| | |
|--|-----------------------|
| Wekslów miejscowych do ostatniego Grudnia 1867 było sztuk 1132 w ilości | tal. 1,096,323. 22. — |
| i zakupiono | |
| 6088 na | 5,764,773. 5. 6. |
| sztuk 7220 | 6,861,096. 27. 6. |

| | |
|---------------------------------------|-----------------------|
| z tych wyplenęło | tal. 2,295,559. 22. — |
| 2485 na | 2,499,049. 7. — |
| sztuk 2745 | 2,274,684. 8. — |
| z tych wpłyńęło resp. dalej puszczone | |

| | |
|--|---------------------|
| pozostało | tal. 224,364. 29. — |
| sztuk 281 na | |
| ultimo Grudnia 1868. | |
| z weksli inkassowych do ostatniego Grudnia 1867 było | |

P. P.

Hierdurch beehe ich mich ergebenst anzugeben, daß ich nach dem Dahinscheiden meines Mannes, des Wagenfabrikanten

Friedrich Wilhelm Weltinger

die durch denselben begründete, seit 29 Jahren hierorts unter der Firma

W. Weltinger

bestehende Wagenbau-Fabrik in bisheriger Weise unter der Leitung eines erfahrenen Werkführers fortführen werde.

Indem ich für das dem Verstorbenen in so reichem Maße geschenkte Vertrauen meinen Dank abstatte, bitte ich, dasselbe auch auf mich übertragen zu wollen und versichert zu sein, daß ich — den Prinzipien des Verblichenen getreu — durch gediegene Arbeit, prompte und reelle Bedienung, Ihr schätzbares Wohlwollen zu erhalten, bemüht bleiben werde. Hochachtungsvoll

Wilhelmine Weltinger,
geb. Kuhnke.**Gartenfreunden!**

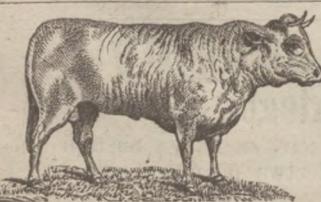
Gänzlicher Ausverkauf unserer Baumhäuser zu Grabowiec zu sehr herabgesetzten Preisen. Größte Auswahl edelster Obstsorten und feinstes Berggehölze.

Samter. Gebr. Zweiger.

Obstbäume in allen Gattungen, sowohl hochstämmige, als pyramidenförmige, am Spatier und an der Schnur zu ziehende, empfiehlt nach Auswahl zu mäßigen Preisen. Chenos stämmige remontirende Rosen. Denizot zu Gurczyn bei Posen.

200

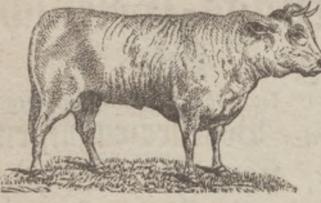
junge, fette Hammel sind zu verkaufen. Dom. Zydowo bei Wreschen.



Dom Roskowo bei Scholken hat 20 Stück schwere fette Ochsen zu verkaufen.



10 Stück tragende Fersen, Holländer-Schorthorn-Kreuzung, die im Monat Mai kalben, sowie 2 sprungsfähige Bullen derselben Kreuzung hat zu verkaufen das Dom. Perzyce bei Protoschin.



Auf dem Dom. Marienrode bei Mur. Goslin stehen zwei sprungsfähige Holländer-Bullen, 4 resp. 2 Jahre alt, zum Verkauf.



Bock-Auktion zu Rosainen bei Marienwerder, Bahnhof Czerwinst (West-Bremen)

Freitag den 19. März

22 Vollblut-Thiere des Rambouillet-Stammes, 25 Original-Kammwoll-Böcke, 100 wollreiche Kammwoll-Mutterschafe Abstammung (Siehe Deutsches Heerdbuch Band II. Seite 147.)

Verzeichnisse werden auf Wunsch verschickt.

Richter.

Freitag den 19. März bringe ich wiederum mit dem Frühjahr einen großen Transport frischmellender Negrothürer Kühe nebst Kälbern in Reiter's Hotel zum engl. Hof zum Verkauf. J. Hakoje, Viehhändler.

Ein gut erhaltenes Flügel ist zu verkaufen; zu erfahren beim Apotheker Tolle in Kurnit.

Dies Inserat wird bis auf Weiteres im ersten Monat hier wiederholt.

Ringöfen

zum Brennen von Ziegeln, Kalk, Thonwaaren, Cement und Gips,

Patent von Hoffmann & Licht,

ersparen zwei Drittel Brennmaterial und geben bei richtiger Behandlung einen viel gleichmässigeren Brand als Ofen alter Construction. Jeglicher Brennstoff ist verwertbar; über 400 solcher Ofen sind in verschiedenen Ländern bereits im Betriebe. Weitere Auskunft, Beschreibungen, Atteste etc. unentgeltlich.

Fried. Hoffmann,

Baumeister u. Vorsitzender des deutschen Vereins für Fabrikation von Ziegeln etc.

Berlin, Kesselstrasse Nr. 7.

Posen, im März 1869.

Ein sehr gut erhaltenes mahagoni-

Tafel-Piano,

63', oktav., steht äußerst billig zum Verkauf bei

C. Kirst, St. Martin 60.**H. Röstel's Suppen-Extrakt**

(Liebig's Nahrung in Extraktform),

zur schnellen und sicheren Bereitung der Liebig'schen Suppe, in Flaschen à 9 Sgr.

zu beziehen aus der Alessulap-Apotheke

zu Posen.

Salz-Offerfe.

100 Centner bestes Schönebecker Siedesalz

lieferne ich, frei ab Waggon Schönebeck in 80 Säcken, plombirt und versteuert

- a) für Landsberg, bis und über Posen nach Czempin und bis vor Schneidemühl, zu 248 Thlr. 20 Sgr.
- b) für Schneidemühl und Uszec und bis vor Nakel, zu 243 = 20 =
- c) für Nakel und bis vor Bromberg, zu 238 = 20 =
- d) für Bromberg bis vor Terespol, Schwedt, Kulm und bis vor Thorn, zu 235 = 10 =
- e) für Terespol, Schwedt, Kulm, Thorn und weiter, zu 233 = 20 =

Posen, im März 1869.

Adolph Asch,
Schloßstraße Nr. 5.

MATICO-CAPSELN

von GRIMAULT & C° APOTHEKER IN PARIS

Diese Gluten-Kapseln enthalten den Copava-Balsam, verbunden mit dem flüchtigen Oleo der Matico-Pflanze und werden als vorzügliches Mittel gegen die Gonorrhoe angewandt. Zur äußerlichen Anwendung wird von dem Hause Grimaud & Comp. auch eine Injection au Matico angefertigt, welche gleichfalls die wirksamen Bestandtheile genannter Pflanze enthält und deren Wirkung den bestempelten Mitteln gegen die Gonorrhoe gleichzustellen ist.

Niederlage in Posen in allen größeren Apotheken.

Ostereier

von Bucker und feiner Chokolade in den größten Dimensionen, so wie Osterlammchen empfiehlt die Konditorei von

A. Pfitzner am Markt.

ל פסח

Bum bevorstehenden Osterfesten empfiehlt ich sämtliche Kolonialwaren, als: Bucker, Kartoffelkörner, Klümpchen, Kartoffelmehl, Birnen, Plaumen ic. zu den ältesten billigsten Preisen.

J. Blumenthal,

Krämerstr. 15, vis-à-vis der neuen Brothalle

דפסח

Zum bevorstehenden Osterfest empfiehlt verschiedene Badwaaren und Kosmetika in bekannter Güte.

A. Tomski,

Konditor, Krämerstr., vis-à-vis d. neuen Brothalle.

Mein דפסח Lager befindet sich Wronkerstraße 4.

S. A. Auerbach.

ל פסח

Für Auswanderer. Beste und billigste Schiffsglegenheit nach Amerika via Bremen wird nachgewiesen durch Siegmund Bernstein, konst. Auswanderungsagent. Dankeschreiben von bereits durch mich beförderten liegen zur Einsicht vor.

Dampfschiff „Smidt“

von Bremen nach Newyork

wird expediert am 7. April 1869.

Passagepreise: I. Klasse 80 Thlr., II. Klasse 45 Thlr., Zwischendeck 40 Thlr.

Nähre Auskunft ertheilen

G. Lange & Co. in Bremen.

Nächstfolgende Expedition im Juni 1869.

Sichere Zinsen und gleichzeitig hohe und kleinere Gewinne

bieten die von der Stadt Madrid garantirten 100 Franken-Obligations-Loose.

Von 1869 bis 1873 jährlich 4 Gewinnziehungen.

Hauptgewinne: Thres. 250,000, 100,000, 70,000, 50,000, 40,000,

35,000 ic. ic. Niedrigster Gewinn: Thres. 100 oder Thlr. 26. 20 Sgr.

Die Obligations-Loose sind mit jährlichen Zinscoupons à 3 Franken versehen, welche zu dem jetzigen Ankunftspreise einen Zins von 5 Proz. ergiebt; außer diesen Zinsen muß jedes Loos mit Gewinn gezogen werden, wovon der niedrigste schon Thres. 100 beträgt.

Sowohl die Zinsen als die Prämien werden in Berlin, Breslau, Leipzig, Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, Paris, Genf etc. ohne den geringsten Abzug in franz. Gelde ausbezahlt.

Die nächste Gewinnziehung findet schon am 1. April d. J. statt. Obligationsloose à 16 preuß. Thaler oder Gl. 28 (Verlosungsplan gratis) sind zu beziehen bei

Moriz Stiebel Söhne

Bank- und Staats-Effekten-Geschäft in Frankfurt a. M. An- und Verkauf aller Anlehns-, Staats-Effekten, Aktien, Coupons ic. beforgen wir zum Börsencourse.

Die Ziehung 6. Klasse (Schlußziehung) der Frankfurter Stadlotterie beginnt am 7. April und endigt am 28. April d. J. Hauptgewinne event. 200,000 Gl., 2mal 100,000 Gl., 50,000 Gl., 20,000 Gl., 15,000 Gl. ic. ic. niedrigster Gewinn 100 Gl.

Loose 1/4 90 Gl., 1/2 45 Gl., 1/4 22 1/2 Gl., empfiehlt unter Postenzahlung oder Nachnahme

Nicolaus Lauer,

Allerheiligenstr. 66, Frankfurt a. M.

Babenstr. 10, links 3 Treppen, ist ein

möbl. Zimmer von seit ab zu vermieten.

Krämerstr. 23 u. 24 ist 1 Laden à 1. April c.

zu verm. Näheres bei Wolff Guttman.

Ringöfen

zum Brennen von Ziegeln, Kalk, Thonwaaren, Cement und Gips,

Patent von Hoffmann & Licht,

ersparen zwei Drittel Brennmaterial und geben bei richtiger Behandlung einen viel gleichmässigeren Brand als Ofen alter Construction. Jeglicher Brennstoff ist verwertbar; über 400 solcher Ofen sind in verschiedenen Ländern bereits im Betriebe. Weitere Auskunft, Beschreibungen, Atteste etc. unentgeltlich.

Fried. Hoffmann,

Banmeister u. Vorsitzender des deutschen Vereins für Fabrikation von Ziegeln etc.

Berlin, Kesselstrasse Nr. 7.

Selbstthätige Katarakt-Waschtöpfe,

die den größten und hauptsächlichsten Theil der Wascharbeit vollständig selbstständig verrichten, ohne Aufwand mechanischer Kraft und ohne andere chemische Mittel, als Wasser und Seife, empfiehlt das Magazin für Haus- und Küchen-Einrichtungen von

Moritz Brandt,

Markt 55.

Zwei gut möblierte Zimmer vom 1. April an zu vermieten. Zu erfragen bei W. Erleben, Berlinerstraße 20, 3 Treppen, in der Seit von 10-1 Uhr.

Schloßstraße 4, ist ein Laden zum 1. April c. zu vermieten.

Breslauerstr. 9.

Eine Wohnung von 4 Stuben in der ersten Etage sofort zu vermieten.

Babenstr. 10, links 3 Treppen, ist ein

möbl. Zimmer von seit ab zu vermieten.

Krämerstr. 23 u. 24 ist 1 Laden à 1. April c.

zu verm. Näheres bei Wolff Guttman.

Die allerneueste

große Kapitalienverloosung, die in Frankfurt a. M., also auch im ganzen Königreich gestattet, beginnt am 14. April, und kommen in derselben Gewinne von 1,300,000 Thaler, worunter Gewinne von eventuell 250,000, 100,000, 50,000, 30,000, 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15,000, 2 à 12,000, 11,000, 3 à 10,000, mehrere à 8000, 6000, 5000, 4000, 14 à 3000, 105 à 2000, 156 à 1000, sowie über 21,000 à 2000, 110 sc.; es werden nur Gewinne gezogen und sind dieselben bei jedem Bankhause zahlbar.

Ein ganzes Original-Loos (keine Promesse) kostet 2 Thaler, ein halbes 1 Thaler, ein vierter 15 Sgr. und sende dieselben gegen Postanweisung oder Postvorschuss prompt zu. Gewinner und amtliche Siebungslisten erfolgen sofort nach Entscheidung.

Hartwig Hertz Nfg.,

An- und Verkauf von Staatspapieren, Hamburg, Schleusenbrücke 15. NB. In letzter Zeit zahlte wieder mehrere der größten Treffer aus.

St. Adalbert 48 ist eine Wohnung für 65 Thlr. pr. 1. April zu vermieten.

Schloßstr. 4. ist eine Wohnung von 4 Zimmern, Küche nebst Wasserleitung, vom 1. April c. ab zu vermieten.

Gr. Gerberstr. 49, im 1. St. n. vorne, ein freundl. B. sof. od. v. 1. April d. J. z. v. Markt u. Breitestr. - Gie Nr. 100 ist der 1. Stock, zu Geschäftsräumen jeder Branche sich eignend, vom 1. Oktober d. J. ab zu vermieten und werden auf Verlangen große Schaufenster eingerichtet. Näheres beim Eigentümer Gr. Gerberstr. 49.

Bierdestall, Wagenremise und Heuboden sind bill. zu vermieten. Näheres bei Siegmund Bernstein, Markt 1.

Markt 79 ist ein mödl. Zimmer zu verm.

Eine solide Feuer-Versicherungs-Gesellschaft sucht in den Städten und Hauptdörfern Posens tüchtige Agenten. Adressen nimmt die Expedition dieser Zeitung entgegen sub Nr. 557.

Offene Stellen

für alle Stellensuchende, als: Kaufleute, Verkäuferinnen, Lehrer, Erzieherinnen, Ökonomie-Berater, Förster, Gärtner, Techniker, Werkführer, etc., sowie jeder andern Geschäftsbuche oder Wissenschaft werden direkt und umgehend. Jedem durch die "Balanz-Zeitung" nachgesendet, und zwar ohne Kommissionnaire und ohne Honorare. Abonnement geschieht einfach durch Post-Anweisung mit 1 Thaler für 5 Nummern oder 2 Thaler für 13 Nummern. Nähere Auskunft gratis durch A. Reitemeyers Central-Zeitung-Bureau in Berlin.

Ein Knabe rechtlicher Eltern wird als Lehrling zu einer Destillation verlangt.

Näheres St. Adalbert 48.

Eine geübte Maschinistin und eine Knäfferin finden dauernde Beschäftigung bei S. Kantorowicz, Markt 65.

Eine Lehrlingsstelle ist bei mir zum 1. April c. zu besetzen.

Magnus Beradt.

Eisenhandlung, Posen, Breitestraße 20.

Zur Erlernung der Maurer- und Zimmer-Werkstätte, mit Gelegenheit zu höherer technischer Ausbildung und zu Gewinnung der erforderlichen Geschäftskennnis, finden Eleven mit entsprechenden Schulkenntnissen Aufnahme bei

C. Würtemberg,

Maurer- und Zimmermeister in Kratoschin.

Ein junger Mann aus guter Familie und mit den nötigen Schulkenntnissen findet vom 1. April d. J. ab Stellung als

Oekonomie-Eleve

auf Dom. Junikowo, 2/4 Meilen von Po-

sen. Pers. Vorst. nothwendig.

Ein junger Mann, der Korrespondenz u. Buchführung mächtig, kann sich melden bei

Robert Pick, Tafelglashandlung.

Breitestraße 13.

Einen Lehrling mit guter Schulbildung sucht **Louis Türk's** Buchhandlung.

Ein praktischer, erfahrener, verheiratheter, kinderloser Müller in den 20er Jahren sucht in einer Dampf-, Wasser- auch Windmühle sofort Stellung. Zu erfahren in der Expedition dieser Zeitung.

Ein junges Mädchen, geprüfte Lehrerin, welche außer in den Schulgegenständen auch in der Musik und im Französischen und Englischen Unterricht ertheilt kann, sucht eine Stelle als Erzieherin. Meldungen in der Exped. d. Btg. sub Nr. 7.

Ein unv. Brauer m. g. s., welcher einfaches u. Doppelbier zu brauen versteht, wird für eine Brauerei einer kl. Stadt d. Pr. Posen gesucht. Näheres neue Posthalterei, 3 Tr. links.

Unseren werthen Geschäftsfreunden die ergebene Mitteilung, daß wir unsern Reisenden Paul Davidsohn heut aus unserem Geschäft entlassen haben. Die ihm ertheilte Vollmacht nehmen hiermit zurück und werden wir nur an uns direkt gezahlte Beträge für gültig anerkennen.

Berlin, den 12. März 1869.

Ginge endt.

Am Tage der Konfirmation.

Wer jungen Christen resp. Konfirmanden ein würdiges Geschenk bei innerem Gehalt und eleganter Ausstattung (Relief und Medaillonband) machen will, der kaufe die soeben bei Henri Sauvage in Berlin erschienene vierte Auflage des **Wegs des Heils** vom Schulrat Bormann. Preis: Thlr. 1 1/2. Namen wie Arndt, Monod, Müllensiefen etc. zu bedürfen keiner Empfehlung.

Posen, vorrätig bei **Ernst Rehfeld,** Wilhelmsplatz 1.

Ein an den Unterzeichneten gerichteter, in Kalisch am 1. März c. zur Post gegebener Brief hat seinen Bestimmungsort nicht erreicht. In demselben befanden sich drei Prima-Wechsel:

Thlr. 6000 a.) gezogen von Herren Jablkowski, Radolin-

= 6000 b.)ski, Skupienski & Co. in Kalisch, vom 2.

= 3000. } März c. 3/M. dato, Ordre eigene auf

Jacob Saling in Berlin, von den Ausstellern mit Blanco-Giro versehen. Es wird vor dem Ankauf der bezeichneten Wechsel hiermit gewarnt, und sind gegen etwaigen Missbrauch derselben die nötigen Vorkehrungen getroffen.

Berlin, 13. März 1869.

Gebr. Pinner.

Ein an den Unterzeichneten gerichteter, in Kalisch am

1. März c. zur Post gegebener Brief hat seinen Bestim-

mungsort nicht erreicht. In demselben befanden sich drei

Prima-Wechsel:

Thlr. 6000 a.) gezogen von Herren Jablkowski, Radolin-

= 6000 b.)ski, Skupienski & Co. in Kalisch, vom 2.

= 3000. } März c. 3/M. dato, Ordre eigene auf

Jacob Saling in Berlin, von den Ausstellern mit Blanco-Giro versehen. Es wird vor dem Ankauf der bezeichneten Wechsel hiermit gewarnt, und sind gegen etwaigen Missbrauch derselben die nötigen Vorkehrungen getroffen.

Berlin, 13. März 1869.

Der Vorstand.

THALIA.

Dienstag den 16. März, Abends 8 Uhr:

General-Versammlung.

Wahl des Vorstandes etc. etc.

Familien-Nachrichten.

Verspätet.

Heute wurden wir durch die Geburt eines muntern Tochterchens erfreut.

Gnesen, den 12. März 1869.

Endor Boas und Frau.

Heute früh wurden wir durch die Geburt eines Mädchens erfreut.

Posen, den 15. März 1869.

Wienwald und Frau.

Die heute früh 7 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, Marie geb.

v. Kaldreuth, von einem kräftigen Mädchen beeindruckt mich, hiermit ergeben anzugeben

Schloss Weseritz, den 13. März 1869.

S. v. Dziembowski.

Heute früh 7 Uhr starb unser lieber kleiner Benjamin Conaro im Alter von 10 Wochen.

Statt jeder besonderen Meldung zeigen dies

Verwandten und Bekannte hiermit ergeben an

Jules Jouanne und Frau.

Malinte, den 12. März 1869.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Berlobungen.

Frl. Elisabeth v. Bockel-

berg mit dem Major Grafen Albert zu Lynar

in Berlin, Frl. Emmy Behold in Bunzlau

mit dem Apotheker Dr. Fery v. Pillich in

Steinamanger, Frl. Marie Goebel in Münster

mit dem Hrn. Wilhelm v. Barendorf in Lotte.

Berbindungen. Frl. Rudolph Terchland

Wien hatte am Sonntag sehr hohe Anfangskurse gesendet, aber hier

war die Deroute so stark hereingebrochen, daß diese spurlos vorübergingen.

Natürlich mußten solche Kurse, wie an dem Tage nach Wien von hier

gingen, auch dort wirken, und so antwortete Wien noch Sonntags Abends

mit Kurzen, die eine Panique kennzeichnen konnten. In Wien versuchte

man es allerdings, sich über die Weltlage zu orientiren, und als man sah,

dass eben nur eine Phantasie magie das erschreckende gemeinet sei, arbeitete

man mit allen Kräften daran, die früheren hohen Kurse, die Errungenschaft

so vieler Mühe wieder zu rehabilitieren; doch jetzt traten ganz andere Mo-

tive ein, die ein so schnelles Steigen der Kurse vorläufig etwas verhindern.

Hierzu liegt der Schwerpunkt in Wien; dort existieren jetzt massenhaft

Agenten und Spekulanten-Schäfts-Comptoirs, bei denen Leute, die nicht

die Börse besuchen, spekulieren, indem sie einen Einstieg auf die ungefähre

Differenz ihrer zu machenden Geschäfte leisten und durch den Agenten nun

ihre Spekulationen ausführen lassen. Ist beim Sinken des Kurses der

Einstieg absorbiert und kann er nicht vergrößert werden, so verkauft der

Agent die Papiere, die er für seinen Kommittenten genommen hat, auf

dessen Rechnung und deckt die Kursdifferenz durch den Einstieg. Da

diese Operation, das "Abglätten", selten mit etwas Schönung vor-

genommen wird, so konnte es nicht fehlen, dass auf diese Weise durch

starke Angebote wiederum die Kurse gedrückt wurden. Ob sich diese

Verhältnisse ausgleichen, können wohl noch einige Tage hingehen, und

erst nachdem, wenn dann noch immer die Kurse weichend sind, wol-

len auch wir zugesehen, dass die Deroute kein Börsen-Manderer

war, sondern dass die frankhaften Verhältnisse der Börse selbst daran die

Schuld tragen. Aber die letzten Tage dieser Woche belebten uns schon, dass

gerade die Verhältnisse der Börse ein Halt zurufen. Die doch an sich noch

gar nichts befähigende Nachricht der "Morning Post", dass Frankreich und Bel-

gien die unerledigte Eisenbahnefrage einer gemischten Kommission aus beiden

Ländern zur Entscheidung unterbreiten wollten, gab Anhalt genug, eine we-

sentlich feste Haltung Fuß fassen zu lassen.

Die Verlaufsflut tritt mehr und mehr zurück, doch auch nur langsam

findet sich die Spekulation à la hausse wieder ein. Der Schluss der Woche

war auf dem Spekulationsmarkt bei niedrigen Kursen ein fester.

Auch der Eisenbahntaktionsmarkt war sehr stark in Mitleidenschaft gezo-

gen, und wennschein eine feste Haltung auch auf diesem Gebiet im Ver-

lauf der Woche eintrat, so konnten sich doch noch nicht die vorwöchentlichen

Notirungen wieder rehabilitieren. Einzelne Devisen, die sich einer besonderen

Aufmerksamkeit zu erfreuen gehabt hätten, sind nicht zu nennen.

Banken waren im Allgemeinen fest, aber nicht lebhaft. Inländische

Fonds, Pfand- und Rentenbriefe blieben ziemlich behauptet, bewegten sich

aber nur in beschränktem Verfahre.

Russ. Prioritäten waren von der neuen Ruff. Anleihe gedrückt, diese wurde aber um den doppelten Betrag überzeichnet.

Russ. Prämienanleihen, die einen starken Abfluss nach Petersburg haben, blieben steigend.

Geld war zwar nicht knapp, doch stieg der Diskont für erste Briefe von

Die heutige Börse hat den Preisen für Roggen nach keiner Seite eine merkliche Änderung gebracht. Für Frühjahrslieferung sind Verkäufer sehr eingeschüchtert durch die fortgelegten Käufe einer hier bestehenden achtunggebietenden Kaufseite und die Verkaufslust auf entfernte Sichten wird durch den Export in Schranken gehalten. Das Geschäft hat mächtigen Umfang nicht überschritten und wurde überhaupt erst durch ungünstige telegraphische Nachrichten von Stettin, die zu Ende des Marktes bekannt wurden, etwas belebt, weil dann sich mehr Verkäufer zeigten. Ware still. Für schwimmende Partien keine rechte Kauflust.

Roggenmehl leblos.

Weizen vernachlässigt.

Häfer lösbar und Termine unverändert bei trägelem Handel.

In Rübel war der Verkehr ziemlich lebhaft. Die Kauflust mußte etwas höhere Forderungen bewilligen, um sich zu befriedigen.

Spiritus ohne wesentliche Änderung. Reichliche Öfferten von Loko-Ware wirkten lähmend auf die Kauflust. Gefündigt 10,000 Quart. Rundgangspreis 15 $\frac{1}{2}$ Rtl.

Weizen lösbar pr. 2100 Pfds. 60—70 Rtl. nach Qualität, pr. 2000 Pfds. pr. April-Mai 61 Rtl. bž. u. Br., Mai-Juni 61 bž. u. Br., Juni-Juli 61 $\frac{1}{2}$ bž. u. Br., Juli-August 61 bž.

Roggen lösbar pr. 2000 Pfds. 51 $\frac{1}{2}$ a 51 $\frac{1}{2}$ Rtl. bž., per diesen Monat 50 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž., März-April —, April-Mai 50 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž., Mai-Juni 49 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž., Juni-Juli 49 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž., Juni allein 50 $\frac{1}{2}$ bž., Juli-August —.

Herrst lösbar pr. 1750 Pfds. 42—54 Rtl. nach Qualität.

Häfer lösbar pr. 1200 Pfds. 30—34 Rtl. nach Qualität, 30 a 33 Rtl. bž., per diesen Monat —, März-April —, April-Mai 30 $\frac{1}{2}$ Rtl. bž., Mai-Juni 31 bž.

Kräbser pr. 2250 Pfds. Kochware 60—68 Rtl. nach Qualität, Butterware 53—56 Rtl. nach Dual.

Raps pr. 1800 Pfds. 79—88 Rtl.

Rübser, Winter 78—82 Rtl.

Rübser lösbar pr. 100 Pfds. ohne Haß 9 $\frac{1}{2}$ Rtl., per diesen Monat 9 $\frac{1}{2}$ Rtl., März-April do., April-Mai 9 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž., Mai-Juni 10 a $\frac{1}{2}$ bž., Juni-Juli 10 $\frac{1}{2}$ Rtl., Sept.-Oktbr. 10 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž.

Leinöl lösbar 11 $\frac{1}{2}$ Rtl.

Spiritus pr. 8000 % lösbar ohne Haß 15 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ Rtl. bž., lösbar mit Haß —, per diesen Monat 15 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž. u. Gd., § Br., März-April do., April-Mai 15 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž. u. Gd., § Br., Mai-Juni 15 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž. u. Gd., § Br., Juni-Juli 15 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž., Br. u. Gd., Juli-August 16 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bž., Br. u. Gd., August-Sept. 16 $\frac{1}{2}$ bž., Br. u. Gd.

Nego. Betzenmehl Kr. 0. 4 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ Rtl., Kr. 0. u. 1. 3 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ Rtl., Roggenmehl Kr. 0. 3 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ Rtl., Kr. 0. u. 1. 3 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ Rtl. pr. Cr. unverkauft egli. Sad. Bei billigeren Preisen Geschäft.

Roggenmehl Kr. 0. u. 1. pr. Cr. unverkauft inkl. Sad.: per diesen Monat 3 Rtl. 13 $\frac{1}{2}$ Sgr. Br., März-April —, April-Mai 3 Rtl. 12 $\frac{1}{2}$ Sgr. Br., Mai-Juni 3 Rtl. 12 $\frac{1}{2}$ Sgr. Br., Juni-Juli 3 Rtl. 12 $\frac{1}{2}$ Sgr. Br.

Petroleum, raffinierte (Standard white) pr. Cr. mit Haß: lösbar 8 $\frac{1}{2}$ Rtl. bž., per diesen Monat 7 $\frac{1}{2}$ Rtl., März-April 7 $\frac{1}{2}$ Rtl., April-Mai 7 $\frac{1}{2}$ Rtl.

(B. H. S.)

Breslau, 13. März. [Am mittleren Produktionsort befindet sich.] Kleesaat, rothe fest, ordin. 8 $\frac{1}{2}$ —9 $\frac{1}{2}$, mittel 10 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$, fein 12—13, hochfein 13 $\frac{1}{2}$ —14 $\frac{1}{2}$. — Kleesaat, weiße wenig verändert, ord. 10—13, mittel 14—15 $\frac{1}{2}$, fein 17—18, hochfein 19—20.

Roggen (pr. 2000 Pfds.) etwas niedriger, pr. März und März-April

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 13. März 1869.

Braunschweigische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4 $\frac{1}{2}$ 97 $\frac{1}{2}$ S.

Staats-Anl. v. 1859 5 102 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1854, 55, A. 4 $\frac{1}{2}$ 93 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1857 4 $\frac{1}{2}$ 93 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1859 4 $\frac{1}{2}$ 93 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1866 4 $\frac{1}{2}$ 93 $\frac{1}{2}$ S.

do. 1864 4 $\frac{1}{2}$ 93 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1867 A.B.D.C. 4 $\frac{1}{2}$ 93 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1850, 52 conv. 4 $\frac{1}{2}$ 80 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1853 4 $\frac{1}{2}$ 86 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1862 4 $\frac{1}{2}$ 86 $\frac{1}{2}$ bž.

do. 1868 4 $\frac{1}{2}$ 86 $\frac{1}{2}$ bž.

Staatschuldcheine 3 $\frac{1}{2}$ 88 bž.

Präm. St. Anl. 1855 3 $\frac{1}{2}$ 121 $\frac{1}{2}$ bž.

Kurz. 40 Thlr.-Obl. — 56 $\frac{1}{2}$ etw bž.

Kur. u. Neum. Schdl. 3 $\frac{1}{2}$ 79 $\frac{1}{2}$ bž.

Öderdeichbau-Obl. 4 $\frac{1}{2}$ 92 S.

Berl. Stadtoblig. 5 102 $\frac{1}{2}$ bž.

do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 94 bž.

do. do. 3 $\frac{1}{2}$ 74 bž.

Berl. Börsl. Obl. 5 —

Berliner 4 $\frac{1}{2}$ 93 $\frac{1}{2}$ S.

Kur. u. Neum. Schdl. 3 $\frac{1}{2}$ 75 $\frac{1}{2}$ bž.

Staats-Anl. v. 1859 5 121 $\frac{1}{2}$ bž.

Präm. Anl. v. 1864 5 135 bž.

Präm. Anl. v. 1866 5 133 $\frac{1}{2}$ bž.